

DER Offizier

Ausgabe 2/2023 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Schutzoperation |

Zeitenwende |

Manipulation durch Propaganda |

Österreichische Offiziersgesellschaft

„Position 2023“



WÄCHTER

„Stell dir vor, es ist Krieg!“

Den Satzbeginn „Stell dir vor, es ist Krieg“ können viele Menschen gleich ergänzen: „Und keiner geht hin.“ Dieses Lieblingszitat der Friedensbewegung im 20. Jahrhundert sollte die Bestrebungen jener Bewegungen unterstützen, die Krieg und Kriegsrüstung aktiv verhindern und den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ausschließen wollten. Der substantielle Gehalt dieser Forderung entspricht in etwa dem Realitätssinn eines Wunsches, keine Steuern mehr zahlen zu wollen, weil man dann mehr im Geldbörsel hätte. Gut informierte Zeitgenossen können das Zitat auch noch fortsetzen und ergänzen des Weiteren mit: „Dann kommt der Krieg zu euch! Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt, und lässt andere kämpfen für seine Sache, der muss sich vorsehen: Denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage. Nicht einmal Kampf vermeidet, wer den Kampf vermeiden will, denn es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.“ Zugeschrieben wird der Spruch dem deutschen Dramatiker und Lyriker Berthold Brecht, jedoch ist die Herkunft und Zusammenstellung zumindest des Beginns umstritten. Gleich zwei amerikanische Schriftsteller könnten für die Wunschvorstellung „Stell dir vor ...“ bis „... geht hin“ Pate gestanden sein. Die Feststellung, dass der Krieg „dann zu euch kommt“ scheint allerdings mit unbekannter Urheberschaft völlig frei erfunden zu sein. Im Kontext der weiteren Ausführungen bezüglich des Kampfes – nun wirklich Copyright Brecht – besteht allerdings Klarheit darüber, dass Brecht den Klassenkampf der Arbeiter gemeint hat und nicht den Krieg zwischen Nationalstaaten.

Warum wird das Thema hier aufgegriffen? Machen wir doch gemeinsam einen Reality-Check, also eine Überprüfung, inwieweit die Aussagen Richtigkeit haben oder eben nicht. Die erste Aussage, „Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin“ muss angesichts der Millionen von Kriegstoten weltweit als inakzeptabler Zynismus zurückgewiesen werden, der eben der Realität nicht standhält. Will man jetzt

womöglich die zwangsweise einberufenen Soldaten moralisch verurteilen, weil sie den jeweiligen Einberufungsbefehl befolgt haben? Was sagen wir den Eltern der Gefallenen? Sie hätten ihre Kinder nicht gehen lassen sollen? Von den derzeit in kriegführenden Staaten stattfindenden Schauprozessen gegen Wehrdienstverweigerer mit „nur“ Gefängnisurteilen ist es nur ein kleiner Schritt zur Todesstrafe, wenn es als erforderlich beurteilt werden würde.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, es geht nicht darum, Kriege gut zu heißen, es geht lediglich darum, sich nicht durch pazifistische Utopien den Blick für die Realitäten verstellen zu lassen. Es geht um die Babyboomer-Generation, die unter dem Einfluss von Woodstock und „Give peace a chance“ den vermutlich ehrlich gemeinten Ansatz verfolgte, durch Abrüstung und Abwertung des Militärs Frieden zu bewirken. Nur fand das eben nicht überall statt und es entstand ein Ungleichgewicht. Das dabei auch machtpolitische Interessen potentieller Gegner dahinter stecken könnten, wurde gekonnt ignoriert. Beim Marsch durch die Institutionen ist die Babyboomer-Generation in Europa Anfang der 2000er-Jahre in den Top-Positionen angelangt, setzt auf Wandel durch Handel, setzt auf Gewinnmaximierung und Entwaffnung des Militärs, jener Institution, die die Verfassungen als ultima ratio für alle Fälle gedacht haben, und übersieht, dass das aber den Grundsätzen einer Sicherheitspolitik widerspricht. Die Welt ist nicht so, wie wir sie gerne hätten, sie funktioniert nach anderen Regeln und wer diese ignoriert, wird die Zeche bezahlen müssen. Die Regeln sind macht- und interessensgetrieben und unterliegen keinem Wunschenken. Hindernisse, die den Interessen in die Quere kommen, werden aus dem Weg geräumt. Vielleicht ist die „letzte Generation“ am richtigen Weg, Fehler der Vergangenheit aufzuzeigen, aber dabei sollte auch die Sicherheitspolitik eine Rolle spielen, nicht nur die Umweltpolitik, sonst trifft sie die gleiche Schuld wie die Babyboomer: es nicht besser gemacht zu haben. ❌

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Das neue Positionspapier der Österreichischen Offiziersgesellschaft
- 9 Die Schutzoperation – planungsleitend für das Bundesheer
- 13 Angewandte Militärwissenschaften
- 14 Wo steht das militärische Fernmeldewesen des ÖBH in den 2020er-Jahren?
- 18 Totengedenken gehört zur menschlichen Kultur – Kriegsgräberfürsorge als gesetzlicher Auftrag
- 21 Totengedenken an die Gefallenen des Gefechtes bei Kirchschlag am 5.9.1921. Es wäre noch einiges zu tun!
- 22 Zeitenwende
- 26 Manipulation durch Propaganda im Krieg zwischen Russland und der Ukraine
- 30 Kurzmeldungen

DER OFFIZIER
Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511
Chefredakteur: Generalmajor i. R. Hon. Univ.-Prof. (NKE) Dr. mult. Harald Pöcher, offizier.redaktion@oeg.at
Erscheinungsort: Wien
Marketing: Dr. Michael Radike, marketing@oeg.at
Hersteller: TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck
Druck: druckhaus scharmer GmbH, 8280 Fürstenfeld, Flurstraße 67
Fotos: gem. Einzelnachweis
 Hinweis zur Ausgabe 2/2023: Diese Ausgabe enthält als Beilage die Mitteilungsblätter der OG-Tirol

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des „Wächters“ müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:
 Die Zeitschrift befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Informationen in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Vorwort

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

„im Osten Nichts Neues“, so kann man die Lage im Kriegsgebiet einfach zusammenfassen. Hier in gesicherter Entfernung in Mitteleuropa gewöhnt man sich schon daran, dass das Sterben in der Ukraine wie in einer Knochenmühle wie einst in Verdun während des Ersten Weltkrieges weitergeht. Russland setzt hier offensichtlich bewusst auf Zeit, um jenen Zeitpunkt zu erreichen, dass die Ukraine keine Soldaten mehr hat, die in den Krieg ziehen können. Wir kennen auch keine seriösen Verlustzahlen auf beiden Seiten; sind es nur 100.000 oder bereits 300.000 junge Männer und Frauen jeweils auf beiden Seiten? Die Propaganda beider Seiten präsentiert uns nur geschönte Zahlen und zeigt nur jene Bilder, welche hilfreich sein sollten, dass die Unterstützung der Koalition der Willigen weitergehen möge. Niemand, und auch die Experten nicht, können den weiteren Verlauf des Krieges einschätzen. Wir hier in Österreich wären gut beraten, wenn wir uns – unserer selbstgewählten Neutralität verpflichtet – alle möglichen Szenarien eines Endes dieses Krieges vor Augen führen und uns nicht nur den Wunschvorstellungen hingeben, welche von Brüssel vorgegeben werden.

Die Österreichische Offiziersgesellschaft als Vorreiterin in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat in einer außerordentlichen Delegiertenversammlung ein neues Positionspapier beschlossen. Die wesentlichen Forderungen der Offiziersgesellschaft sollten vom Bundesministerium für Landesverteidigung nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern es muss auch ein Prozess eingeleitet werden, der eine rasche Umsetzung der Empfehlungen sicherstellt. Ein erster Schritt sind die aktuellen Planungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung zur Herbeiführung der vollen Einsatzbereitschaft des Bundesheeres für eine Schutzoperation, welche aber nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein kann, nämlich, das Bundesheer in absehbarer Zeit auch wirklich fit zu machen, um den Verfassungsauftrag der militärischen Landesverteidigung tatsächlich erfüllen zu können.

Viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe und vor allem einen erholsamen Sommer nach all den Einschränkungen während der Corona-Krise wünscht

Ihr Chefredakteur
Harald Pöcher

Brief des Präsidenten

Schutz oder Abwehr – der feine Unterschied



© OÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Am 25. März 2023 hat eine außerordentliche Delegiertenversammlung der Österreichischen Offiziersgesellschaft in Salzburg ein neues Grundsatzpapier – die „Position 2023“ – einstimmig beschlossen. Damit haben wir die „Position 2017“ weiterentwickelt und die Ableitungen aus dem Russland-Ukraine-Krieg und dessen geopolitischen Folgen gezogen.

/ Das Streitkräfteprofil „Unser Heer“ stammt aus dem April 2021 und damit aus der Zeit vor der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022. Dieses Streitkräfteprofil ist die gültige politische Vorgabe an das Bundesheer. Es ist daher sinnvoll, sich seine Zielsetzung nochmals – in Auszügen – vor Augen zu führen:

/ „Das Streitkräfteprofil ‚Unser Heer‘ fungiert als Anker für die weiteren Planungen und die Entwicklung von unterschiedlichen Modellen für das künftige ÖBH. (...) Der Generalstab beurteilt auf Basis des Streitkräfteprofils ‚Unser Heer‘ den Veränderungsbedarf im ÖBH und stellt so die mittel- und langfristige Ausrichtung des ÖBH auf Basis des Risikobildes und seiner verteidigungspolitischen Konklusionen

mit einem Planungshorizont bis 2030 und darüber hinaus sicher. (...)

/ Die Hauptbedrohung für Österreich geht von den im Risikobild 2030 definierten hybrid agierenden Gegnern aus. (...) Beim Streitkräfteprofil ‚Unser Heer‘ liegt das Schwergewicht auf der militärischen Landesverteidigung zur Abwehr überwiegend nicht konventionell vorgehender Gegner in Österreich. (...) Im Rahmen der Schutzoperation erfolgt eine quantitative und qualitative Fokussierung im Einsatzspektrum zu Land, in der Luft, im Cyber-Raum sowie im Informationsumfeld. Fähigkeiten werden in Teilen mit innovativen, modernen und auf dem letzten Stand der Technik befindlichen Mitteln ausgeprägt. (...)

/ Die militärische Landesverteidigung zur Abwehr eines überwiegend konventionell vorgehenden Gegners (Abwehroperation) erfolgt auf Basis eines Rekonstruktionskerns sowie mit Kapazitäten, die für die Abwehr nicht konventioneller Gegner vorgehalten werden. (...) Zur Abwehr nicht konventioneller Gegner, inklusive terroristischer Bedrohungen militärischer Ausprägung, sowie Stabilisierung von konflikthafter Entwicklungen mit

Auswirkungen auf Österreich ist eine konsequente Weiterentwicklung der Fähigkeiten des ÖBH nötig. (...) Planungsleitend im Streitkräfteprofil ‚Unser Heer‘ ist der gleichzeitige Kampf des gesamten ÖBH in allen Teilen Österreichs gegen nicht konventionelle Gegner zu Land, in der Luft, im Cyber-Raum und im Informationsumfeld. Mit den dafür strukturierten und ausgestatteten Kräften werden grundsätzlich auch die anderen Aufgaben des ÖBH erfüllt. Die Ausrichtung des ÖBH orientiert sich prioritär auf die Abwehr nicht konventioneller bzw. hybrider Angriffe vorrangig irregulärer, aber auch regulärer Gegner im Rahmen einer Schutzoperation.“

/ Auf Basis dieser politischen Vorgabe hat der Generalstab den „Aufbauplan 2032“ entwickelt. Dieser verfolgt demnach das Ziel, innerhalb von etwa zehn Jahren das Bundesheer zur Durchführung einer Schutzoperation zu befähigen. Es wirft ein grelles Schlaglicht auf den Zustand des ÖBH, wenn es trotz beträchtlicher Budgeterhöhungen so lange dauert, bis die Fähigkeit zur Abwehr nicht konventioneller Angriffe erreicht wird. Der vom damaligen Bundesminister Starlinger

2019 präsentierte Zustandsbericht des ÖBH wird also durch das Streitkräfteprofil „Unser Heer“ bestätigt und es werden Lehren daraus gezogen.

/ Doch wurden auch bereits die Lehren aus der geänderten geopolitischen Situation gezogen? Unsere „Position 2023“ erhöht das Ambitionsniveau der Sicherheitsvorsorge. Wir erachten die Fähigkeit zur Schutzoperation nicht als planungsleitend für die Charakteristik der Streitkräfte. Das bedeutet jedoch nicht, dass von der ÖOG der „Aufbauplan 2032“ in Abrede gestellt wird. Im Gegenteil, er wird als wichtiger Zwischenschritt angesehen, um verlorengangene Fähigkeiten wiederzuerlangen. Und doch fordern wir die Beschleunigung der Maßnahmen ein, um im Zeitraum bis 2030 auch die Fähigkeit zur Abwehroperation wiederzuerlangen.

/ Ins gleiche Horn stößt auch der „Landesverteidigungsbericht 2022“, der im April 2023 von Bundesministerin Tanner im Parlament vorgestellt wurde und der es an Deutlichkeit nicht mangeln lässt:

/ „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zäsur der europäischen Sicherheitspolitik und Sicherheitsordnung. Was bis vor kurzem noch undenkbar schien, ist nun bittere Realität, der Krieg in Europa ist zurück. Damit gewinnt neben hybriden subkonventionellen Bedrohungen auch wieder die konventionelle militärische Einsatzführung an Bedeutung. (...)“

/ Die Sicherheitslage für Österreich wird sich in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich verschlechtern. Die zunehmenden Herausforderungen erfordern österreichische Handlungsfähigkeit und europäische Zusammenarbeit. Diese Aussage wurde am 24. Februar 2022 bestätigt. (...)“

- Nahezu alle Trends deuten in Richtung eines sich verschlechternden sicherheitspolitischen Umfeldes Österreichs.
- Die wesentlichen Risiken für Österreich sind hybride Bedrohungen, sich verschärfende Konflikte im südlichen und östlichen Krisenbogen, Angriffe auf die EU bzw. einen EU-Mitglieds-

staat und souveränitätsgefährdende Angriffe auf Österreich.

- Strategische Vorwarnzeiten (zehn Jahre und mehr) existieren vor allem angesichts hybrider Bedrohungen nicht mehr. Daraus ergibt sich ein Bedarf an rascher und flexibler Reaktionsfähigkeit.
- Der Angriff auf einen EU-Mitgliedsstaat stellt eine besondere Herausforderung dar und wird aufgrund der EU-Beistandsverpflichtung (Art. 42/7 EUV) einen entsprechenden Beitrag Österreichs erfordern.
- Die meisten unmittelbar relevanten Risiken haben ihren Ausgangspunkt im Umfeld der EU, daher ist eine aktive Stabilisierung des Umfeldes im Rahmen der EU essenziell.
- Angesichts der Herausforderungen, die nicht mehr alleine national bewältigt werden können, kommt es zur Notwendigkeit einer vertieften Kooperation als Grundprinzip der Verteidigungspolitik. Dazu bedarf es einer aktiven Mitwirkung Österreichs an der Weiterentwicklung der GSVP und einer neu konzipierten umfassenden Landesverteidigung.

/ (...) Die militärischen Kernfähigkeiten des ÖBH sind als Folge der jahrelangen budgetären Unterdotierung mit wenigen Ausnahme drastisch eingeschränkt. Der Einsatz des ÖBH zur Führung einer Schutzoperation ist derzeit nur unter Inkaufnahme eines hohen Risikos möglich. Mit den aktuellen finanziellen und personellen Ressourcen ist das ÖBH nur zu einer ersten, aber nicht nachhaltigen Abwehr konventioneller Angriffe befähigt. (...)“

/ Anhand folgender Beispiele soll der Fähigkeitsverlust der letzten 25 Jahre im ÖBH dargestellt werden. Diese Beispiele sind sinnbildlich auf beinahe alle Waffengattungen bzw. Bereiche des ÖBH anzuwenden.

- Das ÖBH verfügte bis 1998 über drei und bis 2014 über zwei mechanisierte Brigaden, welche zum Ende des Kalten Krieges nicht nur über zeitgemäßes und modernes Gerät, sondern auch über eine hohe Reaktionsfähig-

keit verfügten. Derzeit verfügt das ÖBH nur mehr über eine mechanisierte Brigade, die erhebliche Fähigkeitseinschränkungen aufweist.

- Ähnliches gilt auch für die bodengebundene Luftabwehrtruppe (Fliegerabwehr). Von den ursprünglich sechs Fliegerabwehrbataillonen ist nur mehr eines in Zeltweg vorhanden, dazu noch mit technischen Einschränkungen. Die Truppenfliegerabwehr wurde zur Gänze aufgelöst bzw. aufgegeben.
- War das ÖBH in den 1990er-Jahren noch dazu in der Lage, einen etwa 100 km breiten Grenzabschnitt gegen konventionelle Angreifer zu verteidigen, so ist heute diese Fähigkeit nicht mehr vorhanden.
- Erschwerend kommen die aktuell rasanten technologischen Weiterentwicklungen hinzu, die den Nachholbedarf in allen Waffengattungen bzw. Bereichen des ÖBH noch zusätzlich verstärken.

/ (...) Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat bewiesen, dass im Rahmen der hybriden Kriegsführung der klassische konventionelle Krieg in Europa nicht verschwunden ist. Hybride Konfliktführung inkludiert auch konventionelle Kampfhandlungen, wenn die strategischen Zielsetzungen nicht unterhalb der völkerrechtlich determinierten Kriegsschwelle erreicht werden können. Das Bereitstellen der dafür erforderlichen finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen, von aktuellen Rechtsgrundlagen und des erforderlichen Personalrahmens für die Streitkräfte ist eine wichtige politische Aufgabe und Entscheidung.“

/ Die Analysen über die Dringlichkeit des Handelns waren schon lange nicht so übereinstimmend zwischen BMLV und ÖOG wie im Frühjahr 2023. Hinsichtlich des Umfangs und der Geschwindigkeit der Umsetzung sieht das „sicherheitspolitische Gewissen“ aber noch Luft nach oben, meint

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft**



¹ Zum Download verfügbar unter: <https://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1161>

Das neue Positionspapier der Österreichischen Offiziersgesellschaft



fiziersgesellschaft als Vorreiterin in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat in einer außerordentlichen Delegiertenversammlung ein neues Positionspapier beschlossen. Die wesentlichen Forderungen der Offiziersgesellschaft sind:

Wiederbelebung der Umfassenden Landesverteidigung gemäß der österreichischen Bundesverfassung und die unverzügliche Umsetzung der militärischen, geistigen, zivilen und wirtschaftlichen Landesverteidigung

Wie uns die Corona-Pandemie eindrucksvoll gelehrt hat, kann nur durch eine gezielte gesamtstaatliche Vorbereitungen im Rahmen der geistigen, zivilen, militärischen und wirtschaftlichen Landesverteidigung plötzlich auftretenden Krisen wirkungsvoll begegnet werden. In der für die einzelnen Teile der Umfassenden Landesverteidigung zuständigen Ministerien sind daher umgehend alle erforderlichen Maßnahmen zu setzen, um das verfassungsrechtlich vorgeschriebene Prinzip der Umfassenden Landesverteidigung wieder mit Leben zu erfüllen. Wie bereits von der Offiziersgesellschaft des Öfteren aufgezeigt, befinden sich zurzeit alle Teilbereiche der Umfassenden Landesverteidigung, insbesondere die geistige Landesverteidigung, in einem erbärmlichen Zustand.

Klare Fokussierung der Aufgaben des Bundesheeres auf die militärische Landesverteidigung

Militärische Streitkräfte sind die strategische Einsatzreserve eines Staates, welche die staatliche Souveränität nach außen und auf Anforderung von zuständigen Behörden auch im Inneren zu gewährleisten haben. Dazu müssen sie entsprechend finanziell ausgestattet und mit dem bestmöglichen Personal und Gerät versehen werden. Das Bundesheer befindet sich nach Jahrzehnten der de facto Demilitari-

sierung in einem erbärmlichen Zustand; eine militärische Landesverteidigung im Sinne einer Gesamttraumverteidigung, wie sie im Kalten Krieg vorbereitet wurde, ist heute mit diesem Mini-Bundesheer nicht mehr möglich. Der von der Bundesministerin in Auftrag gegebene Aufbauplan geht zwar in die richtige Richtung, nur geht er im Schnecken tempo voran. Des Weiteren muss eine klare Priorisierung der Einsätze stattfinden. Auslandseinsätze und Assistenz Einsätze sind zwar wichtig, aber nur von nachrangiger Bedeutung.

Stärkung der Reaktionsfähigkeit des Österreichischen Bundesheeres

Die aktuellen Bedrohungen und Risiken gegenüber der Republik Österreich können teilweise sehr rasch und ohne Vorwarnzeiten eintreten. Das Bundesheer muss daher so ausgerichtet werden, dass es in einem ersten Schritt ohne Mobilmachungsmaßnahmen diesen Bedrohungen und Risiken rasch entgegentreten kann. Durch diese sofort einsetzbaren Kräfte muss jene Zeit überbrückt werden, welche für Mobilmachungsaktivitäten erforderlich ist. Es ist bei den Mobilmachungsmaßnahmen auf jeden Fall sicherzustellen, dass Teile der Miliz rasch aufgebracht werden können. Dies ist auch regelmäßig zu üben.

Verstärkte Kooperation mit internationalen Partnern auf Basis eigener Stärke und Verteidigungsfähigkeit

Die aktuellen größeren Bedrohungen und Krisen haben gezeigt, dass sie nur international erfolgreich bewältigt werden können. Es bedarf daher einer internationalen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung. Das Bundesheer kann trotz Neutralität nach Abwägen aller Für und Wider seine Positionen und seine Stärken international einbringen. Die Grenzen der Eigenständigkeit des Bundesheeres liegen auf jedem Fall dort, wo die Erfüllung der Aufgaben eingeschränkt wäre oder die Handlungsfreiheit nicht mehr gegeben ist.

Ergebnisoffene Analyse über die bestmögliche sicherheits- und verteidigungspolitische Ausrichtung der Republik Österreich

Die Republik Österreich ist in Bezug auf die sicherheits- und verteidigungspolitische Rahmen-

bedingung keine Insel der Seligen. Österreich liegt vielmehr im Herzen eines sich ständig verändernden Europas. Diese Veränderungen müssen wissenschaftlich analysiert und einem gesamtgesellschaftlichen Diskussionsprozess ohne ideologische und populistische Vereinfachungen zugeführt werden. Ziel muss dabei die bestmögliche Ausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs für die nächsten Jahre sein. Es sind dabei auch jene Möglichkeiten zu präferieren, die die Republik Österreich, die österreichische Gesellschaft und deren Lebensgrundlage am besten und zuverlässigsten vor souveränitätsgefährdenden Bedrohungen bewahren und schützen können. ➤

Mit Sicherheit bestens beraten.



Stephan Paul

☎ 050 350 - 21567
☎ 050 350 90 - 21567
✉ s.paul@wienerstaedtische.at
📍 Am Spitz 10, 1210 Wien
(Eingang Schwaigergasse)

Bundesheerbetreuung für SoldatInnen und ihre Familien.

Team Bundesheer, Versicherungs-
spezialistInnen für Auslandseinsätze

#einesorgeweniger

Ihre Sorgen möchten wir haben.



Verlängerung des Grundwehrdienstes und die Wiedereinführung verpflichtender Milizübungen, um effektive Rückkehr zum verfassungsmäßig gebotenen Milizsystem zu ermöglichen

Der Grundwehrdienst wurde vor Jahren ohne Grund von acht auf sechs Monate verkürzt. Dies kam einem Todesstoß für die Miliz gleich, da die Aufwuchsfähigkeit schlagartig verloren ging. Im Vergleich zu den meisten Staaten Europas hat Österreich die Wehrpflicht beibehalten, jedoch nicht das Optimum der Möglichkeiten herausgeholt, etwa den Aufbau eines schlagkräftigen Milizheeres. Verfolgt man die nationale Presse in Ländern, welche ein Freiwilligensystem besitzen, so beneiden vor allem die kleineren Staaten in Europa Österreich um sein Wehrsystem, denn alle diese Staaten haben Probleme mit der Rekrutierung von genügend Soldaten. Vor allem während des aktuellen Krieges in der Ukraine ging in den Mitgliedsstaaten der NATO die Bereitschaft, sich freiwillig zum Dienst als Soldat zu melden, rapide zurück. Daher ist der Grundwehrdienst wieder auf acht Monate zu verlängern und die verpflichtenden Waffenübungen sind wieder einzuführen.

Konsequente, ausreichende und nachhaltige Befüllung der Personalstruktur des Präsenz- und des Milizstandes des Bundesheeres

Die fehlende personelle Befüllung der Präsenzorganisation und vor allem der Milizanteile und -verbände, besonders im Bereich der Führungs- und Fachfunktionen (Offiziere und Unteroffiziere), lässt eine Einsatzbereitschaft der gesamten Einsatzorganisation zurzeit nicht zu. Es sind daher rasch konkurrenzfähige Attraktivierungsmodelle für das Einschlagen einer Laufbahn als Offizier oder Unteroffizier im Präsenz und Milizstand zu entwickeln und konsequent zur Umsetzung zu bringen. Fehlstellen sind aufzufüllen und die erforderlichen Nähr- und Ersatzraten nachhaltig sicherzustellen.

Schrittweise und verfassungsrechtliche abgesicherte Anhebung des Wehrbudgets auf den international üblichen Standard von 2 % des BIP zur Herstellung der Verteidigungsfähigkeit der Republik Österreich

Das jahrelange finanzielle Aushungern des Ös-

terreichischen Bundesheeres hat zu einem katastrophalen Zustand der Streitkräfte geführt. In praktisch allen Teilen des Bundesheeres entstanden deutlich sichtbare Defizite. Die nunmehr signifikante Budgeterhöhung kann nur als ein erster Schritt in die richtige Richtung angesehen werden. Ein planbarer und langfristiger Aufbau von Streitkräften, welche zur militärischen Landesverteidigung befähigt sind, kann nur mit einem Budget von 2 % des BIP sichergestellt werden. Die Höhe des Verteidigungsbudgets muss auch verfassungsrechtlich abgesichert werden, um ein neuerliches massives Herunterfahren der Einsatzbereitschaft zu verhindern.

Moderne Vollausrüstung des Bundesheeres in allen Waffengattungen, sodass die Einsatzorganisation gleichzeitig und voll ausgerüstet in den Einsatz gestellt werden kann, und Aktivierung und Attraktivierung des Militärleistungsrechtes

Der Sparkurs der letzten Jahrzehnte hat in allen Bereichen des Bundesheeres materielle Lücken entstehen lassen, welche den Einsatz des Bundesheeres zur militärischen Landesverteidigung unmöglich machen. Altes Gerät muss daher ersetzt oder dort, wo eine Modernisierung wirtschaftlich vertretbar ist, auf einen modernen Stand gebracht werden. Zur Sicherstellung zusätzlicher für den Einsatz erforderlicher Bedarfe und Leistungen ist auch das rechtlich unverändert in Geltung befindliche Militärleistungsrecht wieder anzuwenden und für den Leistungserbringer steuerlich zu attraktivieren. Erforderliche Vorbereitungsmaßnahmen sind zu setzen, die dem Militärleistungsrecht inhärenten Abläufe regelmäßig zu üben.

Die Erfüllung der Forderungen der Österreichischen Offiziersgesellschaft würde es der Republik Österreich und dem Österreichischen Bundesheer ermöglichen, verloren gegangene Kernfähigkeiten wieder aufzubauen beziehungsweise moderne und bis dato fehlende Fähigkeiten zur Verteidigung der Republik Österreich und ihrer Bürgerinnen und Bürger überhaupt erst zu entwickeln. (red_der_offizier) ✕

Weiterführende Informationen zum Positionspapier finden Sie auf der Homepage der Österreichischen Offiziersgesellschaft: oeog.at/download/oeog-position-2023/

Die Schutzoperation – planungsleitend für das Bundesheer

von Generalmajor Mag. Bruno Günter Hofbauer

Der Konflikt zwischen dem Westen und Russland, der nun in der Ukraine militärisch eskaliert ist, zeigt eine Vielzahl von richtungsweisenden Faktoren, die ein erstes, nicht vollständiges Bild künftiger militärischer Auseinandersetzungen zeichnen. Die aktuelle und künftige Konfliktaustragung ist gekennzeichnet durch die koordinierte Machtprojektion von staatlichen oder staatsähnlichen Aggressoren im diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen und zivilen Bereich sowie im Informationsumfeld. Der hybride Konflikt ist nun nicht nur eine theoretische Vorstellung, sondern Realität.

/ Beeinflussung und Verunsicherung sind erste Ziele hybrider Konfliktführung. Das gelingt durch Propaganda und reicht bis zu Subversion und Terror. Ein weiteres zeitlich früh einsetzendes Ziel hybrider Konfliktführung ist die Vorbereitung des Gefechtsraums für künftige Aktionen. Das bedeutet, dass das eigene Narrativ in den Köpfen der Bevölkerung speziell von Entscheidungsträgern, platziert wird. Aber auch gezielte außenpolitische und wirtschaftliche Maßnahmen, Spionage sowie strategische Aufklärung gelangen zur Anwendung. Militärische Maßnahmen markieren, wenn notwendig, einen weiteren Teil der hybriden Konfliktführung. All diese Teilziele sollen dazu dienen, am Ende ein strategisches Ziel zu erreichen.

/ Der offene Einsatz regulärer militärischer Kräfte soll möglichst lange vermieden bzw. verschleiert werden, ist aber niemals auszuschließen. Sie werden erst dann offen und konventionell eingesetzt, wenn dies zur Interessendurchsetzung notwendig wird. Die Nutzung aller verfügbaren Ressourcen

und der Einsatz aller zweckmäßigen Mittel zur Konfliktaustragung ist evident – die „Weaponisation of Everything“ wird uns über die nächsten Jahrzehnte begleiten.

/ Auf diese neuen Wirklichkeiten muss auch Österreich reagieren. Auch nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist Österreich kein Frontstaat. Jedoch ist auch in der Tiefe des Raumes, sprichwörtlich in der Mitte Europas, künftig ebenso mit militärischen Bedrohungen und Aktivitäten zu rechnen.

/ Das Schwergewicht der völlig neu zu realisierenden modernen umfassenden Landesverteidigung sowie der Neuausrichtung der militärischen Landesverteidigung ist in Österreich daher auf den hybrid agierenden, vorwiegend nicht konventionell angreifenden irregulären staatlichen Gegner bzw. nicht konventionell agierenden nicht staatlichen Angreifer, auszurichten.

/ Die Bedrohung durch Spezialeinsatzkräfte, Luftstreitkräfte, Fernwaffen, militärische Cyberangriffe und Informationskampagnen staatlicher militärischer Gegner, aber auch von potenten Terrororganisationen kann ohne Vorwarnzeit jederzeit auftreten.

/ Wer glaubt, dass die Schutzoperation ein Verfahren darstellt, bei dem das Bundesheer eine „reaktive Wachorganisation zur Unterstützung der Polizei“ wäre, der irrt. Es handelt sich um ein operatives Verfahren, bei dem die Truppen des Bundesheeres die militärischen taktischen Verfahren zu beherrschen haben. Angriffe im Brigaderahmen müssen ebenso gemeistert werden, wie die Herausforderung der Abdeckung sehr großer Räume durch eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Soldatinnen und Soldaten angenommen werden muss.

Aufklärungsfähigkeit auf allen Ebenen und in allen Domänen ist eine wesentliche Voraussetzung, um diesem Gegner entgegenzutreten zu können. Nur ein entsprechend richtiges und zeitgerecht verfügbares Lagebild kann den Einsatzkräften des Bundesheeres ermöglichen, die Initiative zu übernehmen und nicht ständig reaktiv handeln zu müssen. Dazu müssen Kräfte optimiert werden, die dazu in der Lage sind, große Räume zu beherrschen und die den Kampf mit sehr hoher Selbstständigkeit hochmobil und mit entsprechender Feuerkraft führen können.

/ Auf Basis eines überlegenen Lagebildes ist dynamisch zu agieren, der Feind aufzuspüren, bevor dieser losschlägt. Durch die Verbindung von Aufklärung, Führung und Wirkung unter Nutzung moderner Wehrtechnik sind die feindlichen Aktivitäten zu unterlaufen.

/ In Folge des Auftrages des Nationalen Sicherheitsrates im Jahr 2020 erfolgte eine umfassende Analyse der Umfeldbedingungen, der Risiken für Österreich und der resultierenden Handlungsoptionen. Als Ergebnis wurde das Streitkräfteprofil „Unser Heer“ für die weitere Entwicklung des Bundesheeres als Ziel definiert. Es fungiert somit als Grundlage für die weiteren Planungen und Entwicklung für das künftige Bundesheer.

/ Beim Streitkräfteprofil „Unser Heer“ wird – abgeleitet aus den militärstrategischen und strategischen Risiken für Österreich – das Schwergewicht der militärischen Landesverteidigung auf die Abwehr überwiegend nicht konventionell vorgehender Gegner gelegt. Planungsleitend für das Bundesheer ist somit der gleichzeitige Kampf des gesamten ÖBH in allen ▶

Teilen Österreichs gegen überwiegend nicht konventionelle Gegner in allen Domänen – dies erfolgt im Rahmen des operativen Verfahrens der Schutzoperation. Zusätzlich hat ein Beitrag zur Stabilisierung von konflikthaften Entwicklungen im Umfeld mit Auswirkungen auf Österreich zu erfolgen. Der Einsatz zur militärischen Landesverteidigung im Inland gem. §2a des Wehrgesetzes erfolgt nach politischem Beschluss im Rahmen des operativen Verfahrens einer Schutzoperation, sobald die gewaltsamen nicht konventionellen Handlungen ein Ausmaß erreichen, dass diese souveränitätsgefährdend sind und nur mit militärischen Mitteln abgewehrt werden können. Bis dorthin werden Teile des ÖBH aufgrund gewaltsamer verdeckter Vorgänge in Österreich im Assistenzeinsatz zur Katastrophenhilfe und/oder sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz stehen.

Das Streitkräfteprofil „Unser Heer“ und die klare Schwergewichtssetzung auf den Kampf in Österreich ist eine grundsätzliche Änderung der Ausrichtung des Bundesheeres. Nicht der Auslandseinsatz von ausgewählten Teilen des ÖBH im Rahmen internationaler Einsätze ist planungsleitend, sondern die militärische Landesverteidigung Österreichs. Die Folgen dieser Richtungsänderung sind tiefgreifend und haben Auswirkungen auf beinahe alle Bereiche des Bundesheeres. Das ÖBH ist heute im Wesentlichen noch immer nach den Grundsätzen der Bundesheerreform BH2010 aufgestellt und damit primär auf Einsätze im Ausland zur Umfeldstabilisierung Österreichs ausgerichtet.

Diese grundsätzliche Änderung der Ausrichtung des ÖBH auf den Kampf in Österreich wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen und erfolgt evolutionär. Diese neue Ausrichtung hat weitreichende Folgen für alle Bereiche der Landesverteidigung, von der Frage der Mobilmachung über die Einsatzverfahren bis zur richtigen Ausstattung der Verbände. Der Krieg in der Ukraine hat aber auch in Erinnerung gerufen, dass,

die militärische Landesverteidigung in eine Umfassende Landesverteidigung, die gesamtstaatlich gelebt werden muss, einzubetten ist.

Der militärischen Problemstellung der Notwendigkeit große Räume mit relativ geringen Kräften zu behaupten, stellt neue Anforderungen an das Bundesheer. Mit 55.000 Soldatinnen und Soldaten kann nicht das gesamte Bundesgebiet mit militärischen Kräften nach einem territorialen Prinzip abgedeckt werden. Der urbane Raum wird als der primäre Ort der Konfliktaustragung noch beherrschender werden. Alle Anwendung der Instrumente der Macht werden sich auf diesen Raum konzentrieren.

Die militärischen Kräfte benötigen ein qualitativ hochwertiges zeitverzugsloses Lagebild, hohe Dynamik und Mobilität, um zur richtigen Zeit am richtigen Ort zum Einsatz gebracht werden zu können. Im Gefecht ist hohe Durchsetzungskraft gegen einen schwer greifbaren und sehr gefährlichen Feind erforderlich. Im künftigen Konflikt ist davon auszugehen, dass die feindlichen Aktivitäten in Wellen mit durchaus längeren zeitlichen Abständen erfolgen; der Feind nutzt Gelegenheiten, die sich bieten, um den Widerstandswillen zu zermürben.

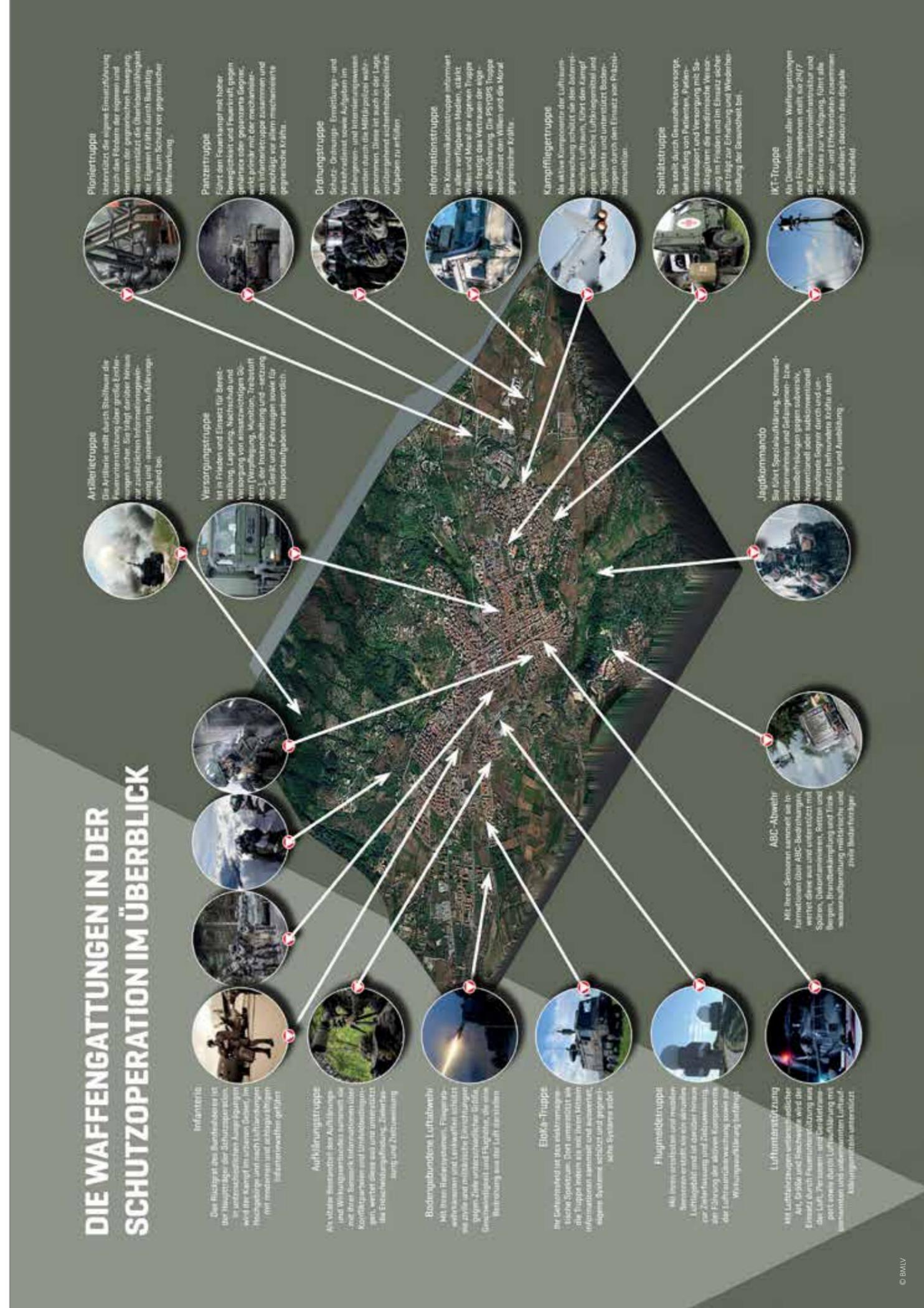
Da verschiedene Bedrohungen parallel auftreten können, muss das ÖBH in der Lage sein, in unterschiedlicher Art und Stärke im gesamten Spektrum, von der Katastrophenhilfe über die sicherheitspolizeiliche Assistenzleistung bis zum Kampfeinsatz zur militärischen Landesverteidigung, gleichzeitig einsetzbar zu sein. Diesen Herausforderungen wird bei der Bewältigung verschiedener Assistenzaufgaben, der Erfüllung von Aufgaben im Rahmen von Auslandseinsätzen sowie beim selbstständigen Einsatz im Rahmen der militärischen Landesverteidigung, auch jeweils mit langer Durchhaltedauer, zu begegnen sein.

Um sich in einem künftigen Konflikt behaupten zu können, wird die Re-

publik Österreich Investitionen in das Personal, den Betrieb des Bundesheeres und vor allem auch die materielle Ausstattung und Infrastruktur tätigen. Die Kampfkraft des Bundesheeres ist insgesamt zu erhöhen. Ausgerichtet auf künftige Bedrohungen muss das ÖBH zur militärischen Landesverteidigung den „Umfassenden Kampf“ beherrschen, indem es dazu befähigt ist, alle Teilstreitkräfte und Waffengattungen im Verbund einzusetzen.

Der Hauptträger des Kampfes in der Schutzoperation sind die Landstreitkräfte. Die Luftstreitkräfte müssen täglich rund um die Uhr die aktive und passive Luftraumüberwachung (LRÜ) gewährleisten können. Die aktive LRÜ erfolgt auch in enger grenzüberschreitender Kooperation mit den Nachbarstaaten. Die bodengebundenen taktischen Luftabwehrkapazitäten bis zur mittleren Reichweite inkl. Drohnenabwehr sind zu entwickeln bzw. zu verbessern. Der Kampf um und mit Information mit dem Zweck, über ein Lagebild zu verfügen, eigene Informationen, Informationssysteme und Entscheidungsträger zu schützen sowie auf Informationen, Informationssysteme und Entscheidungsträger von für die eigene Zielerreichung wesentlichen Gruppierungen im In- und Ausland einzuwirken, ist integraler Bestandteil jeder künftigen Einsatzführung.

Den Kern der Reaktionskräfte bilden durchsetzungsfähige infanteristische Kampftruppen, Aufklärungskräfte und Spezialeinsatzkräfte und bei Bedarf mechanisierter Kräfte. Diese werden durch Luft-, Cyber- und Informationskräfte unterstützt. Da Rekruten erst nach dem 6. Ausbildungsmonat ihre Einsatzbereitschaft für militärisch herausfordernde Szenarien erworben haben, ist eine Art „Bereitschaftstruppe“ mit Berufs- und Zeitsoldaten sowie vertraglich gebundenen Milizelementen in höherer Bereitschaft erforderlich. Für ist Einsatzkräfte nach Mobilmachung eine Einsatzvorbereitung von zwei Monaten vorzusehen.



Die Übungstätigkeit des ÖBH, die viele Jahre besonders unter dem Spardruck und der Last der Subsidiäraufgaben gelitten hat, ist zu intensivieren. Jährlich hat zumindest eine große Übung einer oder mehrerer Brigaden im Zusammenwirken mit den anderen Teilstreitkräften und internationalen Partnern zu erfolgen.

/ Da sich die künftigen Bedrohungen in ihrer Entwicklung als äußerst volatil und vielschichtig erweisen, sind der strategischen Antizipation und Früherkennung erhöhte Bedeutung und damit Aufmerksamkeit zuzusprechen. Strategische Aufklärung im In- und

Ausland und eine koordinierte Zusammenarbeit der gesamten staatlichen Sensorik sowie mit internationalen Partnern bleibt der Schlüssel zur rechtzeitigen Entscheidungsfindung.

/ Dem verfassungsmäßigen Auftrag, das ÖBH nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten, ist wieder vollinhaltlich nachzukommen. Das Bundesheer ist zur militärischen Landesverteidigung nur nach Mobilmachung einsetzbar. Daher sind alle Verbände mit einem präsenten Kern und entsprechenden Milizanteilen zu versehen und die Verschränkung der Präsenzorganisation mit der Miliz weiter zu verstärken. Nur eine hohe Anzahl von Übungen gewährleistet die Einsatzbereitschaft dieser Verbände und somit des Bundesheeres insgesamt.

/ Das ÖBH wird sich mit erhöhter Autonomie und Vernetzung von technischen Systemen auseinandersetzen müssen, welche sich unter anderem durch erleichterte Bedienbarkeit, geringere Ausbildungszeiten, aber auch verstärkte Spezialisierung definieren. Durch die Automatisierung kann in Teilbereichen durch geringeren Personaleinsatz eine Effizienzsteigerung erreicht werden. Im Bereich Sensorik ist die Anbindung an technische Lösungen, sei es wegen der Einsparung im Kräfteinsatz wie auch zur notwendigen Wirkungssteigerung, unabdingbar. Ein rascheres Reagieren auf technische Entwicklungen und neue Wege der Einführung dieser Technologie in die Streitkräfte sind Voraussetzung, um einem Gegner begegnen zu können, der auch modernste, frei zugängliche Technik nutzt.

/ Das Bundesheer muss über eine Autarkie von zumindest 14 Tagen verfügen. Die Einsatzbereitschaft für eine Schutzoperation ist für zumindest sechs Monate mit dem gesamten Bundesheer vorzubereiten. Dies betrifft besonders das Personal und logistische Aspekte.

/ Die Fähigkeit zum Aufwuchs zu konventioneller Kriegsführung muss

aufgrund der heute nicht absehbaren geopolitischen Lageentwicklung gegeben sein. Bezogen auf den Erhalt der Fähigkeit zur Abwehr eines konventionellen Gegners ist zur militärischen Landesverteidigung eine Abwehroperation in Form einer beweglichen Verteidigung in einem begrenzten Raum vorzubereiten.

/ Die militärische Landesverteidigung zur Abwehr eines überwiegend konventionell vorgehenden Gegners (Abwehroperation) wurde bislang auf Basis eines Rekonstruktionskerns aufrechterhalten. Dieser repräsentiert auch den Nukleus einer Abhaltung gegenüber externen Bedrohungen. Er umfasst im Wesentlichen die Kampffliegertruppe, die Panzertruppe, die Panzergrenadiere, die Artillerie sowie die bodengebundene Luftabwehrtruppe. Allen diesen Waffengattungen wurde in den letzten Jahren keine Priorisierung eingeräumt, weshalb sowohl Gerät als auch Ausbildungsstand der Soldaten nur mehr in sehr eingeschränkter Qualität vorhanden sind. Auch hier sind entsprechende Maßnahmen zur Erhöhung der Kampfkraft zu setzen. Strategische Vorwarnzeiten von zehn Jahren und mehr, die früher für einen allfälligen Wiederaufwuchs dieser militärischen Fähigkeiten genutzt werden konnten, existieren nicht mehr. Folglich ist nunmehr auch in den Wiederaufbau dieses Rekonstruktionskerns zu investieren.

/ Der Angriff Russlands auf die Ukraine beweist auch, dass sich selbst in unserer Nachbarschaft vermeintlich niedrig beurteilte Eintrittswahrscheinlichkeiten durch unerwartete Entscheidungen mit großen Auswirkungen als falsch herausstellen können. Darüber hinaus hat der Abwehrkampf der Ukraine gegen den russischen Aggressor gerade in den ersten Wochen des Krieges bewiesen, dass sich auch ein scheinbar chancenlos unterlegenes Land bei entsprechendem politischem und militärischem Willen erfolgreich zur Wehr setzen kann. ❌

Wir haben zwar jetzt eine „Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften“, aber noch immer keine „Militäruniversität“

Durch das Bundesministerium für Landesverteidigung werden seit 1998 FH-Studiengänge angeboten. Mit Inkrafttreten des Fachhochschulgesetzes im Jahr 2021 wurden alle bisherigen Erhalter von FH-Studiengängen ex lege zu Erhaltern von Fachhochschulen. Für die Fachhochschule des Bundesministeriums für Landesverteidigung wurde die Namensbezeichnung „Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften“ festgelegt. Mit 272 Studierenden ist die Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften im österreichischen Vergleich die kleinste Fachhochschule. Im Gegensatz zu den anderen 20 Fachhochschulen in Österreich, die als GmbH oder als Verein organisiert sind, wird die Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften durch die Republik Österreich erhalten. Oberste Erhaltervertreterin ist die Bundesministerin für Landesverteidigung.

/ Den Kern der Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften

bilden die Studiengänge, die in der Landesverteidigungsakademie in Wien bzw. in der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt eingebettet sind. Im Mittelpunkt der Ausbildung steht die Vermittlung jener Kompetenzen, die notwendig sind, um Menschen unter extremen Belastungen in Krisen- und Konfliktsituationen zu führen. Die Ausbildung zur „reflexiven Loyalität“, die die Fähigkeit ausdrückt, vernetzt zu denken und das eigene Handeln zu reflektieren, ohne dabei die (militärische) Aufgabenerfüllung im Frieden und Einsatz zu vernachlässigen, ist dabei ein wesentliches Ziel. Zivile Studierende erlangen die Grundkenntnisse zur Führungskraft einer vergleichbaren zivilen Organisation, vornehmlich im Sektor des Sicherheits- und Krisenmanagements.

/ Die Einrichtung der Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften war zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, allerdings hinkt auch hier das Österreichische Bundesheer

im europäischen Vergleich weit hinterher, denn fast alle Staaten Europas haben bereits eine Militäruniversität eingerichtet oder enge Kooperationen mit nationalen bedeutenden Universitäten abgeschlossen, an denen angehende Offiziere inskribiert sind und neben der militärischen Ausbildung einen Universitätsabschluss erwerben. Im Stufenbau der Bildungseinrichtungen ist eben eine Fachhochschule eine Stufe tiefer gelegen als eine Universität. Dieser Umstand hat auch Auswirkungen auf den Austausch von Lehrpersonal in Europa, denn für einen Assistenten einer Militäruniversität irgendwo in Europa macht es wenig Sinn, ein Auslandssemester nur an einer Fachhochschule zu absolvieren. Und auch die Übernahme der Absolventen einer Militäruniversität als Leutnant hätte dahingehend Konsequenzen, da der Dienstgeber es wohl nicht wagen würde, einen Universitätsabsolventen auf einen Nichtakademikerarbeitsplatz einzuteilen. (*red_der_offizier*) ❌



ZUM AUTOR

Generalmajor Mag. Bruno

Günter Hofbauer, geboren am

24.03.1967 in Graz

• 1989–1992 Theresianische Militärakademie (Waffengattung Jäger)

• 1992–1997 Garde

• 1998–2000 15. Generalstabslehrgang

• 2000–2003 G3 Militärkommando Wien, Referatsleiter in der Generalstabsabteilung

• 2003–2006 Planungsoffizier in Brüssel (NATO HQ & EU)

• 2007 NCC bei EUFOR Althea

• 2008–2011 Institut für höhere militärische Führung, Landesverteidigungsakademie

• 2012–2017 Leiter der Generalstabsabteilung

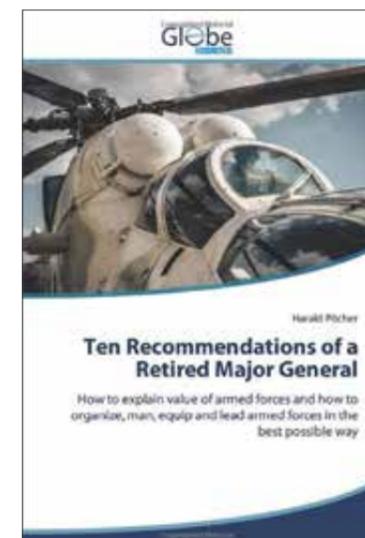
• 2014–2015 Kommandant 3. Panzergrenadierbrigade

• 2017 Leiter der Gruppe Grundsatzplanung

• seit 2020: Leiter Direktion Fähigkeiten & Grundsatzplanung | Planungschef ÖBH

„Ten Recommendations of a Retired Major General“ von Harald Pöcher, Globe Edit; ISBN: 978-620-0-64620-0

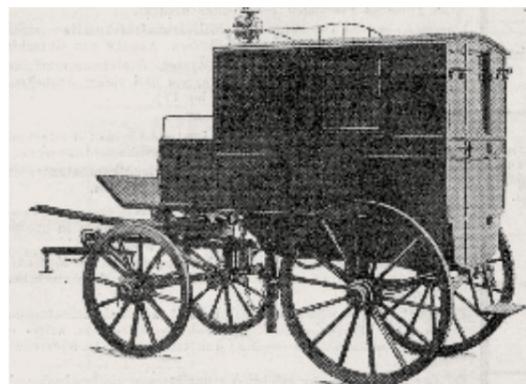
Das Buch gibt komprimiert auf 62 Seiten nach einer Einführung in die Sicherheits- und Verteidigungsökonomie in sechs Kapiteln Anregungen, wie ein Staat seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik zweckmäßigerweise gestalten sollte und wie ein Verteidigungsministerium sowie die Streitkräfte bestmöglich organisiert, Führungspositionen mit weisen Persönlichkeiten besetzt und ein Risiko- und internes Kontrollsystem eingerichtet werden sollten. Zwei weitere Kapitel dienen der Darlegung von Empfehlungen zur Ausgestaltung der Logistik und der bestmöglichen und vor allem korruptionsfreien Beschaffung. Das neunte Kapitel befasst sich mit dem Einsatz von Operations-Research und künstlicher Intelligenz in den Streitkräften. Im Abschlusskapitel plädiert der Autor für die Einführung von Benchmarking zur Erzielung von Spitzenleistungen.



Wo steht das militärische Fernmeldewesen des ÖBH in den 2020er Jahren?

von Ing. Horst Treiblmaier, MA, MSD, Oberst des Generalstabes

Samuel Morse (1837) hat mit der Erfindung des elektrischen Telegraphenapparates, Graham Bell (1876) mit der Telefonie und Guglielmo Marconi (1896) mit dem ersten „Funkgerät“ (Telegrafie) die Entwicklung der Gesellschaft durch technische Kommunikationsmöglichkeiten revolutioniert. Die Revolution der Führung von militärischen Kräften auf Basis von rasch verfügbaren Informationen aufgrund leistungsfähiger Informationsübertragung nahm ihren Anfang. Im internationalen Vergleich gesehen erfolgte im ÖBH die technische Entwicklung in diesem Bereich bis zur Jahrtausendwende jedoch zeitverzögert.



k u. k Telegraphenwagen

Mit der Aufstellung der B-Gendarmerie im Jahre 1955 wurde die TEL-Truppe (Telegraphentruppe) geschaffen, welche 1978 in die FM-Truppe (Fernmeldetruppe) übergeleitet wurde. 2002 erfolgte dann die schrittweise Umbenennung in FüU-Truppe (Führungsunterstützungstruppe). 2017 erfolgte neuerlich eine Umbenennung der Waffengattung. Die IKT-Truppe (Informations- und Kommunikationstechnologie-Truppe) wurde „geboren“. Trotz neuer Waffengattungsbezeichnung blieben viele Begriffe wie FüU-Einheiten und FüU-Verbände von dieser Veränderung unberührt. Umbenennung mag zwar der rasanten technischen Entwicklung in diesem Bereich geschuldet sein, die Kernaufgabe „Informationsübertragung“ bleibt jedoch un-

verändert. Im internationalen Sprachgebrauch wird hingegen seit Jahrzehnten der Begriff „Signaler“ verwendet.

Tel, FM, FüU, IKT-Truppe – wer sind wir?

Wir „Fernmelder“, das sind etwa 1400 Berufssoldaten, 900 Milizsoldaten sowie 1600 Rekruten bei Vollkontingentierung. „Fernmelder“ sind in allen Waffengattungen ab Ebene Einheit vertreten. Die Ausbildung erfolgt in Wien an der Führungsunterstützungsschule. ROSTBRAUN ist unsere Waffengattungsfarbe. Die frühere Unterteilung in Fernmeldetruppe und Truppenfernmelder war und ist für unsere Kernaufgabe der Informationsübertragung – Errichten und Betreiben eines Netzwerkes zur Informationsübertragung vom Soldaten oder Sensor bis zum höchsten Kommando – nicht optimal.

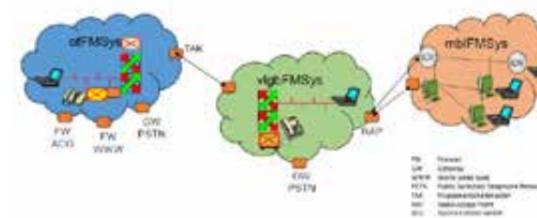
/ Der IKTUO/FMUO der Kompanie, der IKT-Zg kleiner Verband, die FüUKpen der Brigaden Land und Luft, die beiden FüUB, die IKT- und FM-Züge der Miliz sowie der S6 Dienst aller Führungsebenen sind die Leistungsträger.

Was machen wir?

Die IKT-Truppe hat den Auftrag, die Führungsunterstützung sicherzustellen, um die Führungsfähigkeit und somit das Erringen der Führungsüberlegenheit zu ermöglichen. Dies soll durch Bereitstellung einer Kommunikationsinfrastruktur in Form eines interoperablen, teilstreitkräfte- und führungsebenenübergreifenden Informations- und Kommunikationsverbundes, der alle relevanten Personen, Stellen, Truppenteile und Einrichtungen sowie Sensoren und Effekten miteinander verbindet, erfolgen.

/ Die Frage „Was machen wir?“ ist aber auch untrennbar mit der Planung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des „FM-System“ im ÖBH verbunden. Eine Systembetrachtung erfolgt dabei meist im internationalen Gleichklang mit der NATO und EU sowie mit unseren wichtigsten Partnernationen Deutschland und der Schweiz.

Das „FM-System ÖBH“ als Kommunikationsanteil des IKT-System ÖBH wird dabei in die Bereiche ortsfestes, verlegbares und mobiles Fernmeldesystem unterteilt. Diese geteilte Systembetrachtung erlaubt über Jahrzehnte hinweg eine gleichbleibende zielgerichtete Umsetzung sowie einen sparsamen Einsatz von Budgetmitteln unter Sicherstellung der Vernetzung und einer laufenden technischen Modernisierung. Die erforderliche Personal- und Organisationsstruktur der „Fernmelder“ wird dabei laufend transformiert.



FM-System Rückblick

Rückblickend sei erwähnt, dass bis zur Jahrtausendwende das Schwergewicht auf der Sprachkommunikation lag. In den 1990er-Jahren lag der Bedarf an einer Datenübertragung nur im ortsfesten Bereich und bei Luftanwendungen. Erst um die Jahrtausendwende wurde der Fernschreiber und das Fax im verlegbaren Bereich durch Datenübertragungssysteme ersetzt. Internationale Projektnamen wie RITA, PTARMIGAN, AUTOKO, INTACS, FM-System 80, IFMIN und IFMS ebneten den Weg von der traditionellen militärischen Sprachkommunikation zur automatisierten Sprach- und Datenkommunikation.

/ In Österreich wurde 1979 mit der Ministerweisung Nr. 87 unter dem Arbeitstitel „Fernmeldesystem 80/Fernmeldeinfrastruktur“ eine Fernmeldesystemgruppe eingerichtet. Nach Vorliegen des Systemkonzeptes wurde 1985 mit der Ministerweisung Nr. 111 der Auftrag zur Detailplanung und Realisierung des Projektes „Integrierte Fernmeldeinfrastruktur (IFMIN)“ erteilt. Mit Umsetzung erfolgte der Zulauf von automatischen Knotenvermittlungen (KnV).



KnV120

In den Jahren 2002–2010 wurden systematisch in den oben dargestellten Bereichen Verbesserungen und Erneuerung im „FM-System ÖBH“ geplant und umgesetzt. Auszugsweise seien hier die wichtigsten Änderungen angeführt.

Im Bereich ofFMSys

- Ausbau eines ortsfesten Richtfunknetzes (ofRVN) mit bis zu 3x155 Mbps Datenübertragungskapazität
- Einrichtung eines Diensternetzes
- Ausbau des Nebenstellenverbundes (NVÖ) ÖSTERREICH

Im Bereich vlgbFMSys

- Ergänzung der IFMIN-Knotenvermittlungen durch Router
- Erneuerung des verlegbaren Richtfunksystems (vlgbRiFu) und somit Steigerung der Kapazität auf bis zu 34 Mbps
- Einführung von Lichtwellenleiter bei der Truppe
- Einführung des verlegbaren LAN
- Einführung von Wechselaufbau Shelter für FM-Anwendungen

Im Bereich mbFMSys

- Ersatz des analogen Truppenfunksystems durch die Einführung des digitalen Funksystems CONRAD



ofRVN

vlgbRiFu

tgb. FuGer CONRAD

Alle Maßnahmen erfolgten stets unter Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft sowie laufender Einsätze (LRSiOp, KFOR, SFOR, TSCHAD usw.). Im angeführten Zeitraum erfolgten die Gesamtplanungen BH2010 mit der Umbenennung in Führungsunterstützung. Als schmerzhaften Einschnitt kann in diesem Zusammenhang die deutliche Reduzierung der Stärke der Führungsunterstützungskräfte und somit die Reduzierung der Leistungsfähigkeit gesehen werden.

/ Die praktisch systemmäßig gegebene Budgetnot der bisherigen 2000er-Jahre führte zu kreativen Lösungen der Nutzungsverlängerung von in Verwendung befindlichen Kommunikationssystemen, deren Ergänzung durch Brückentechnologien und Testung von einzelnen Technologien auf „truppentaugliche Funktionalität“. Die Planungen und Beschaffungen für eine Gesamterneuerung im vlgbFMSys wurden begleitend vorangetrieben.

/ So wurden im ofFMSys ein Upgrade des ortsfesten Richtfunks durchgeführt, zur Lebenszeitverlängerung wurden Ersatzteile für den NVÖ durch Überlassung aus anderen Ressorts generiert und der Routertausch umgesetzt.

/ Im vlgbFMSys wurde der Eigenbau eines IP-Vermittlungssystems mit handelsüblichen Komponenten durchgeführt sowie Truppentauglichkeitstests von Voice-over-IP und Smartphone-Nutzungen durchgeführt.

/ Im mblFMSys dominierte die Umsetzung der Ablöse der alten Truppenfunksysteme durch CONRAD sowie die Einführung eines Soldatenfunkgerätes mit Headset und integriertem Gehörschutz. Um mit anderen Blaulichtorganisationen optimal zusammenarbeiten bzw. um eigene Aufgaben der Sicherheit mit dem BOS-Netz AUSTRIA bedienen zu können, wurde ein Verwaltungsübereinkommen mit dem BMI geschlossen. Zur Optimierung der Zusammenarbeit mit anderen Blaulichtorganisationen (BOS Netz AUSTRIA) wurde ein Verwaltungsübereinkommen mit dem BMI geschlossen.

FM-System in Realisierung:

Im ofFMSys wird die technische Erneuerung und Leistungssteigerung des ortsfesten Richtverbindungsnetzes (ofRVN) weiter vorangetrieben. 2022 startete die Ablöse des NVÖ durch den Telekommunikationsverbund (TKV) in Form eines IP-basierenden Sprachnetzes.

Das vlgbFMSys erfährt mit der Umsetzung des Vorhabens TCN (Tactical Communication Net) eine Totalerneuerung. Mit dem TCN steht das ÖBH im internationalen Vergleich im Spitzfeld der digitalen Vernetzung. Die bis heute synchronisiert ablaufende und durch Corona um ein Jahr verzögerte Realisierung umfasst acht militärische Pflichtenhefte mit ca. 15 zusammengehörigen Vorhaben, beginnend vom taktischen Router als Kernstück von TCN, über den semimobilen Datenfunk (nutzt drei NATO-Frequenzbänder), vlgb Server unterschiedlichster Härting, vlgb militärischem LAN, Tunnelboxen bis hin zu Sprachsoftware, IP-Telefonie und einem entsprechenden Managementsystem.



Taktischer Router und Datenfunk

Neben dem System TCN im engeren Sinn umfasst das Vorhaben die Beschaffung neuer Funktionsfahrzeuge (Multi Utility Vehicle – MUV, als Ablöse der 40 Jahre alten 3-Achs FM-Pinzgauer) zur Einrüstung TCN, neue Wechsellaufbauten, IP-Bordsprechanlagen, System Feld-USV (unterbrechungslose Stromversorgung), Mastsysteme, WLAN-Systeme, Mehrkanalsatelliten-Anlagen, neue Truppenanschlusspunkte (TAP), Anpassungen im ofRVN usw.



MUV

Die Organisationsanpassung der IKT-Truppe erfolgte bereits vorgestaffelt. Die neuen Technologien ermöglichten auch eine geringe Personalreduktion, wodurch insgesamt der Per-

sonalbesetzungsgrad erhöht werden konnte. Unter anderem konnten damit Aufgaben wie Spektrumüberwachung und elektrotechnische Sicherheit personell abgebildet werden. Die Ausbildung und Vorschriftenerstellung ist dank einer neuen Ausbildungsanlage und motiviertem Personal bereits weit fortgeschritten.

/ Im mblFMSys erfolgte beginnend mit 2021 und mit Abschluss 2023 die Neuausrüstung mit dem derzeit modernsten KW-Funksystem. Gleichfalls wurden über 2000 moderne Soldatenfunkgeräte mit Headset und integriertem Gehörschutz beschafft, welche 2023 und 2024 zulaufen.

/ Die Jahre 2023 bis 2025 erfordern somit eine gewaltige Neuausbildung nicht nur der „Fernmelder“, sondern aller „Kommandanten und Nutzer“, um die getätigten Investitionen in Fähigkeiten umzusetzen. Nicht zu vergessen sei dabei das gesamte Logistikpersonal, welches aufgrund der Ausdünnung der letzten Jahrzehnte bereits an seinen Leistungsgrenzen steht.

FM-System der Zukunft

Im Zuge der derzeit laufenden Labor- & Feldtests soll ein mit dem TCN kompatibles und international interoperables TDR (Tactical Data Radio) als Ersatz für das in die Jahre gekommene Truppenfunksystem CONRAD „gefunden“ werden. Damit soll der Grundstein für die Zusammenführung des mblFMSys mit dem vlgbFMSys gelegt werden. In weiterer Folge soll damit der Weg zu einer „Tactical Cloud“ bzw. den NGN ÖBH (Next Generation Network ÖBH) unter Berücksichtigung der bereits getätigten Investitionen ermöglicht werden. Die Entwicklung im Bereich der zellularen Netze (4G, 5G und 6G sowie die Nachfolge BOS) wurde bereits am oa. taktischen Router berücksichtigt. Die Erfahrungen aus dem derzeit tobenden Ukrainekrieg werden jedoch zu einem Umdenken in diesem Bereich führen – Stichwort: Aufklärbarkeit und Mobilfunkgeräte.



Bittium-Tough-SDR-radios

Exkurs IT-System/Einsatz:

Auf dem Weg zur Digitalisierung der Truppe bedarf es noch großer Anstrengungen im IT-Bereich. Die Beschaffung von Einsatzapplikationen wie Battle-Managementsystem, Führungsinformationssystem usw. und die Beschaffung sowie Einrüstung von gehärteten IT-Endgeräten in GKGF und Fahrzeuge fordert schnelles und systemmäßiges Planen und Realisieren. In der abgesehenen digital unterstützten Einsatzführung müssen die Schritte der IT-Ausrüstung dabei gleichzeitig gesetzt werden.



Kdt mit Funk und IT-Ausrüstung

Die nunmehrigen Budgetzahlen erlauben eine zweckmäßige und wirtschaftliche Planung und Realisierung im ÖBH bei den zukünftigen Herausforderungen Digitalisierung, Sensorintegration und militärische Nutzung von künstlicher Intelligenz. Die bisher erbrachten Leistungen im „FM-System ÖBH“ beruhen auf motivierten Kameraden und einer exzellenten Teamarbeit und sind das solide Fundament für weitere Entwicklungen. ✕



ZUM AUTOR

ObstdG Ing. Horst TREIBLMAIER, MA, MSD

Referatsleiter Kommunikationssysteme und Elektronische Kampfführung
geboren 1959 in MINING

- Matura 1978 HTL Nachrichtentechnik BRAUNAU
- EF 1978/79
- 1982 Ausmusterung LWSR 35
- Verschiedene Funktionen LWSR 35 und StbB3
- Verwendung FMO und AusbRef/MilKdoNÖ
- KursKdt AOAK und UP-Kurse
- 1998–2003 BMLV/ITPI Ref of Netze
- 2003–2008 BMLV/FGG6 RefLtr Informationsübertragung
- Seit 2008 in oa. Verwendung
- FÜLG 2 und 3, Masterlehrgang
- Zahlreich zivile und militärische Ausbildungen

Totengedenken gehört zur menschlichen Kultur. Kriegsgräberfürsorge als gesetzlicher Auftrag

von Alexander Barthou, Oberst in Ruhe,
Generalsekretär des Österreichischen Schwarzen Kreuzes

Die Hoffnung der Menschen, dass die Gräueltaten der Kriege des 19. Jahrhunderts einen dauerhaften Frieden nach sich ziehen, hat sich leider nicht erfüllt, wie die Soldatenfriedhöfe – hier in Prosecco bei Triest – in den Kampfgebieten des Ersten Weltkrieges bezeugen



© AUTOR (4)

Der Leitspruch des ÖSK heißt „Arbeit für den Frieden“. Auch in diesem Jahrzehnt sind Krieg, Gewalt und Terror nicht verschwunden, sondern bestimmen unser Leben. Der Krieg 2022 in der Ukraine ist jener Gradmesser, der uns die unmittelbaren Auswirkungen des russisch-ukrainischen Konfliktes drastisch vor Augen führt. Tag für Tag liefern uns die Medien diese Auseinandersetzung unmittelbar ins Haus, mitsamt den Auswirkungen auf jeden Einzelnen! Die Hoffnung der Menschen, dass die Gräueltaten der Kriege des vergangenen Jahrhunderts einen dauerhaften Frieden nach sich ziehen, hat sich leider nicht erfüllt.

Der Totenkult gehört von Anfang an zur menschlichen Kultur. Der Gefallenen und Kriegssopfer zu gedenken, bildete stets einen Meilenstein zur Umsetzung für die Herrscher und Politiker. Ohne diesen Totenkult ist Geschichte bzw. deren Aufarbeitung schwer vorstellbar. Messbar wird dieser in den bestehenden Abkommen und Gesetzen zur Bewahrung und Pflege

dieser Gräber, beginnend von St. Germain (1921) über zwei Österreichische Bundesgesetze (1948) bis zum Staatsvertrag (1955).

Die Genfer Konvention (1949) regelt zusätzlich das dauernde Ruherecht für die Opfer aller kriegerischen Auseinandersetzungen. Deren Friedhöfe und Anlagen zu pflegen und zu erhalten, ist das vorgegebene Ziel seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Im seinerzeitigen Friedensvertrag wurde die Republik Österreich mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut, wobei



Der Gefallenen und Kriegssopfer zu gedenken, bildete stets einen Meilenstein zur Umsetzung für die Herrscher und Politiker. Hier im Bild ein Soldatenfriedhof in Allentsteig

dieser Passus sich auch in sämtlichen damals abgeschlossenen Verträgen mit den anderen Kriegsführenden findet. Aufgrund der finanziellen Notlage hat das Innenministerium hierzu den Verein Schwarzes Kreuz in die Umsetzung miteinbezogen und ein Kooperationsabkommen abgeschlossen. Die Pflege der Kriegsgräber wurde hierbei dem ÖSK übertragen, die Gestaltung der Friedhöfe und der Gedenkkreuze obliegt dem Innenministerium unmittelbar.

Das ÖSK betreut in Österreich mit seinen ehrenamtlichen Mitarbeitern an die 1000 Soldatenfriedhöfe bzw. Gräber und Anlagen für ALLE im Bundesgebiet bestatteten Kriegssopfer, unabhängig ihrer nationalen Zugehörigkeit und Religion. Dazu zählen auch die Gräber der in den Kriegsgefangenenlagern in Österreich verstorbenen Soldaten, ebenso wie die Anlagen der im Zuge des Zweiten Weltkrieges bei der Befreiung Österreichs 1945 gefallenen ca. 80.000 Sowjetsoldaten.

Gedenkfeiern in Soldatenfriedhöfen im Ausland verbinden



Der Verein finanziert sich beinahe gänzlich aus Spenden im Rahmen der Sammlungen an den Friedhofseingängen zu den Feiertagen Allerheiligen und Allerseelen. Die Sammler selbst rekrutieren sich aus dem Bereich des Österreichischen Bundesheeres – auf freiwilliger Basis (Aktiv und Miliz) –, aus Mitgliedern des Österreichischen Kameradschaftsbundes, der Feuerwehr, des Roten Kreuzes, der Pfadfinder, von Jugendorganisationen, aus Schülern und sonstigen Unterstützern.

Im Ausland – auf den Kampfstätten des Ersten Weltkrieges zu Tode gekommene Soldaten – wird im Zusammenwirken mit den örtlichen Behörden die Pflege der Front- und Sammelfriedhöfe durch das ÖSK wahrgenommen. Soldatengräber aus der Zeit des Zweiten

Weltkrieges betreut im Ausland der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Die Tätigkeiten des ÖSK im Ausland werden jeweils in enger Zusammenarbeit mit dem BMEIA koordiniert. So ist es ein gemeinsames Anliegen zu Allerheiligen/Allerseelen einen Kranz bei den Denkmälern an die Gefallenen niederzulegen und der Toten zu gedenken. Von Ägypten (El-Alamein) bis zur Eismeerfront (Parkkina) reicht hierbei das Spektrum der Anlässe, bei denen in der Regel auch die österreichischen Botschafter und Verteidigungsattachés vertreten sind.

In den Bundesländern sind vermehrt Anfragen der Nachkommen von

Kriegssopfern, zumeist der Enkel- und Urenkelgeneration nach dem Schicksal ihrer Vorfahren zu verzeichnen, die durch das ÖSK in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Staatsarchiv/Kriegsarchiv in vielen Fällen erfolgreich gelöst werden konnten.

Auch die Digitalisierung hat hier zum Erfolg beigetragen. Dabei sind die Kriegstoten und Vermissten der ehem. Wehrmacht grundsätzlich auf der Homepage des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge unter www.volksbund.de unter „Gräbersuche Online“ abrufbar.

Das BMEIA hat sich dabei als Wegbereiter und Unterstützer für das ÖSK im Ausland erwiesen, ebenso haben das Ludwig-Bolzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung und dessen Gründer und langjähriger Leiter, em. Univ.-Prof. Dr. Dr. hc Stefan Karner, als Vizepräsident des ÖSK wesentlich dazu beigetragen.

Der Blick in die Zukunft fordert auch das ÖSK. Das Aufkommen von Sammlern an den Friedhöfen zu Allerheiligen/Allerseelen aus den bereits angeführten Bereichen ist im Abnehmen. Es fehlt die unmittelbare Beziehung zur Kriegsgeneration, der Besuch in den Friedhöfen lässt nach und es mangelt oftmals an positiver Meinungsbildung in den Schulen. Eine forcierte Jugendarbeit über die herkömmlichen Grenzen hinaus scheint deshalb vonnöten und wird auch bereits strukturiert wahrgenommen.

Das Mahnmal in Piestschanka erinnert an die blutige Schlacht von Stalingrad



Die Jugend spricht zumeist die gleiche Sprache und versteht sich in der vernetzten Kommunikation. Hier gilt es anzusetzen und die Arbeit für den Frieden mit der Arbeit an den Grabstätten der Gefallenen zu verbinden, um Geschichte anschaulich zu gestalten. Diese Maßnahme verfolgt das Ziel, die Person des Soldaten und des Kriegssopfers wieder in die Gegenwart zu rücken und dabei das damals historische Geschehen zu beleuchten.

/ Das ÖSK hat es sich dabei zur Aufgabe gemacht, Projektarbeiten an den Höheren Schulen in Österreich ge-

meinsam mit den Direktoren und Lehrkräften durchzuführen. Der „Segen“ des Unterrichtsministeriums ist gegeben – das Einverständnis der Lehrkräfte vorausgesetzt. Eines der bisherigen Themen lautete „Opfergedenken noch zeitgemäß?“ und wurde von Höheren Schulen in Niederösterreich, dem Burgenland und in Oberösterreich überaus engagiert bearbeitet.

/ Ein Auszug aus der Arbeit einer Schülerin des BG Klosterneuburg, vorgetragen anlässlich des 100-Jah Jubiläums im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien:

MEIN OPA WAR DER EINZIGE ÜBERLEBENDE!

Die Geschichte habe ich leider nicht persönlich von meinem Ur-Opa gehört, sondern von seinem Enkelkind, meiner Mutter. Er starb zwar erst im hohen Alter von 99 Jahren, trotzdem war ich damals noch zu jung.

Aber jetzt, mit meinen 17 Jahren, denke ich mir: Wie gerne hätte ich ihn gefragt über den Krieg und wie das alles aus seiner Sicht abgelaufen ist, seine politischen Ansichten, das Kämpfen an der Front, das Leben unter Soldaten, und was es bedeutet, jeden Tag aufs Neue für das Überleben zu kämpfen. Meine Großeltern sind alle mitten im 2. Weltkrieg bzw. in der Nachkriegszeit auf die Welt gekommen. Sie haben keine Erinnerung an diesen Krieg und somit kann ich sie dazu auch nicht befragen. Die einzigen Informationen über den Krieg bekomme ich aus Geschichtsbüchern und sachlichen Texten. Dadurch fühlt es sich an, als wäre der Krieg viel weiter weg, als er wirklich ist! Ich habe einfach keinen persönlichen Bezug dazu. Und da stellt sich die Frage: Ist das Ende des 2. Weltkrieges erst 70 Jahre her oder schon 70 Jahre?

In einigen Jahren wird es leider kaum noch Zeitzeugen geben und dadurch geraten die vergangenen Geschehnisse in Vergessenheit. Wenn mein Ur-Opa nicht überlebt hätte, hätte er keinen Sohn, meinen Opa, bekommen. Ohne ihn würde ich nicht hier stehen und diese Rede halten. Und wenn ich mir das vorstelle, fühlt sich der Krieg für mich näher an als je zuvor. Wir wissen alle, dass dieses Betroffenheitsgefühl allmählich verschwinden wird. Deswegen müssen wir so wie heute zusammenkommen. Respekt zeigen gegenüber den historischen Ereignissen und gemeinsam aller Kriegssopfer gedenken. Auch müssen wir allen Überlebenden für ihren Mut und Tapferkeit danken, denn ohne sie wären wir nicht hier!

Es ist von Bedeutung für mich, dass die letzten direkten Zeitzeugen langsam gehen. Ich verstehe es als Auftrag für meine Generation, durch das Gedenken an Kriegssopfer und das Hochhalten von Erinnerungen an vergangene Geschehnisse samt Ursachenforschung das Bewusstsein für gemeinsame Krisenlösungen zu schärfen.



ZUM AUTOR

Alexander Barthou ist seit 2011 Generalsekretär des ÖSK. 1973 Ausmusterung an der TherMilAk Wr. Neustadt, KpKdt, BKdt, Leiter der Stabsfunktionen S1-S4 und als Oberst Leiter ÖA beim MilKdo OÖ. In Auslandseinsätzen stand er 1977 und 1983 bei UNDOF/AUSBATT am Golan in Syrien und 1996 im Rahmen einer EU-Mission in Albanien. In der Funktion als J5 war er bei einer NATO/Partnership for Peace-Übung in den USA u. in den Niederlanden eingeteilt. Zusätzlich stand er 2009 in ministerieller Verwendung bei der Projektgruppe BH 2010 und war als Stv.-Leiter Protokoll bei offiziellen Staatsbesuchen dem HBM zugeteilt. Seit 2011 befindet sich Barthou im Ruhestand.

So kann durch ein gemeinsames Tragen der Verantwortung aller mit der Kriegsgräberfürsorge betrauten Institutionen und Verbänden das Totengedenken aktiv aufrechterhalten, und den Opfern durch Erinnerung ein Name und durch die Gräber ein Gesicht gegeben werden. Das funktioniert nur dann, wenn bei den durch das ÖSK initiierten Sammlungen an den Friedhöfen zu Allerheiligen/Allerseelen für die Pflege und Erhaltung der Kriegsgräber und zum Andenken an die Kriegssopfer im In- und Ausland gespendet wird. ✕

Totengedenken an die Gefallenen des Gefechtes bei Kirchsschlag am 5.9.1921.

Es wäre noch einiges zu tun!

Im Gefecht bei Kirchsschlag am 5.9.1921 fielen zehn Soldaten des Bundesheeres. Der damalige Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Grenzen der Republik, bei dem es auch zu Kampfhandlungen gegen einen Feind von außen kam, ist einzigartig in der mehr als 100-jährigen Geschichte des Bundesheeres der Republik Österreich. 1921 wurden sechs Soldaten auf dem Friedhof in Kirchsschlag an verschiedenen Tagen begraben. Von einem Begräbnis existiert ein Filmbericht. Zu sehen ist der Kommandant des 2. Bataillons des Infanterieregimentes 5 Oberst Emil Sommer. Drei Soldaten sind erst 1931 anlässlich eines Festaktes von Steinbach in das 4 km entfernte Kirchsschlag umgebettet worden. Ein Soldat wurde in Wien begraben. Im Jahre 1981 wurde die Grabstätte vom Österreichischen Schwarzen Kreuz NÖ erneuert (siehe Foto 1).



Foto 2



Foto 1

Anscheinend hat man nicht mehr gewusst, dass hier neun Soldaten begraben sind, berichtet Ministerialrat OberstdhmfD Mag. Senekowitsch dem Offizier, weil nur sechs Namen am Grabdenkmal stehen. Interessanterweise stehen am Denkmal mitten im Ort von Kirchsschlag alle zehn Namen der gefallenen Soldaten (siehe Foto 2).

/ Es wäre höchst an der Zeit, die drei fehlenden Namen mit einem Zusatzstein oder ähnlichem beim neuen Denkmal zu ergänzen. Aus historischen Aufzeichnungen wissen wir, dass Siegmund SMRCKA jüdischen Glaubens war und seinerzeit bei der Überführung des Leichnams 1931 ein Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien eingeladen wurde. (red_der_offizier) ✕

„Der Kampf um das Burgenland 1921“ ist der Titel des neuen TRUPPENDIENST (TD)-Handbuches, das ab sofort im TD-Webshop sowie im gut sortierten Buchhandel unter der ISBN 978-3-200-08826-9 erhältlich ist. Inhalt des Buches sind die Geschehnisse jener etwa dreieinhalb Monate des Jahres 1921, vom Tag des Einmarsches der österreichischen Gendarmerie am 28. August bis zur Verkündung des Ergebnisses der Ödenburger Volksabstimmung am 17. Dezember, im Burgenland. In diesem Zeitraum kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der österreichischen Gendarmerie und dem Österreichischen Bundesheer auf der einen und den ungarischen Freischärlern auf der anderen Seite. Der Kampf um das jüngste Bundesland der Republik wurde auf mehreren Ebenen geführt, nicht nur militärisch, sondern auch politisch und diplomatisch. Dieser Umstand ist ein weiterer Aspekt dieses Werkes, in dem auch die Bandenkriminalität sowie die Vernaderung und „Gesinnungsschnüffelei“ auf beiden Seiten thematisiert werden. Insgesamt forderte der Kampf um das Burgenland etwa 150 Tote und 250 Verletzte. Hinzu kommen in Gefangenschaft geratene Gendarmen, Zollwachebeamte, Soldaten und Freischärler sowie mehr als 150 internierte bzw. in Polizeigewahrsam genommene Zivilpersonen. Die neun Autoren Wolfgang Etschmann, Harald Pöcher, Gabor Orban, Michael Hess, Mario Rauchenbichler, Martin Senekowitsch, Hermann Hinterstoisser, Peter Steiner und Herausgeber Jörg Aschenbrenner – alleamt renommierte Historiker und/oder Autoren – spüren in diesem Buch den damaligen Ereignissen und den davon betroffenen Menschen nach. Zahlreiche Fotos, Tabellen und sonstige Abbildungen runden dieses Werk ab, das auch eine Kartenbeilage und einen umfangreichen Anhang enthält.



Zeitenwende

von Generalmajor MMag. Norbert Huber

Vorbemerkung

Gegenwärtig wird medial eine Debatte über das Für und Wider der Neutralität geführt. Dabei wird übersehen, dass sich zumindest die großen österreichischen Parteien entschieden haben. Der Begriff „Neutralität“ ist auch der einzige positiv besetzte Begriff aus dem Bereich Sicherheitspolitik, der der österreichischen Bevölkerung bekannt ist. Vorliegender Artikel beschäftigt sich daher nicht mit der Frage „Neutralität“ oder „Bündnisbeitritt“, sondern mit der für beide Wege entscheidenden Frage, ob Österreich ernsthaft gewillt ist, sich im Bedarfsfall zu verteidigen. Die Erwähnung der Neutralität erfolgt daher nur in diesem Kontext.

Der Autor vertritt seine persönliche Meinung.

Österreich entschlossen, sich im Bedarfsfall zu verteidigen?

Ein Kommentar

Die Zeitenwende ist über Europa und die ganze Welt am 24. Februar 2022 scheinbar plötzlich hereingebrochen. Selbst Vertreter des ukrainischen Staats gingen lediglich von einer russischen Provokation aus. In der Retrospektive betrachtet, fügen sich alle Puzzleteile zu einem klaren Bild zusammen. Es handelte sich um eine von langer Hand geplante Aktion. Der „Virus“ der Demokratie soll weit weg von Russland gehalten werden. Die meisten europäischen Staaten waren vor allem von der Hoffnung beseelt, dass Kriege im 21. Jahrhundert v. a. in Europa unmöglich sein würde.

Die Entwicklung seit dem Jahr 2000

Die Attentate des 11. Septembers 2001 führten zu Unterstützung und Verständnis für die Maßnahmen der USA. Die neue russische Führung näherte sich dem Westen an. China war an wirtschaftlicher Zusammenarbeit interessiert. Der kritisierte zweite Irak-Krieg brachte zwar keine Massenvernichtungswaffen im Irak ans Tageslicht, erzeugte aber für kurze Zeit ein Fenster der Verhandlungsbereitschaft des Irans

und sogar Nordkoreas¹. Vermutlich verhinderte das „Ergebnis“ der Auseinandersetzung im Irak und in Afghanistan dauerhafte Lösungen bei Verhandlungen um Massenvernichtungswaffen mit diesen Ländern. Anders als in den Weltkriegen sowie während des Kalten Kriegs sicherte die militärische und vor allem die wirtschaftliche Überlegenheit der USA aber keinen „traditionellen“ Sieg im „Global War on Terror“. Russland und China, die trotz Bemühungen der USA den Kampf nicht unterstützten, beobachteten die Entwicklungen als einen Misserfolg des Westens. Sowohl Russland und China als auch andere Staaten wie Nordkorea oder der Iran zogen ihre Schlussfolgerungen aus dem „Scheitern des Westens“. Die fortlaufende Bindung der USA im Irak und in Afghanistan verbunden mit den finanziellen Aufwendungen und den Verlusten reduzierten das Interesse nachfolgender Administrationen, sich auch in anderen Konflikten substantiell stark einzubringen. Geopolitisch gibt es aber kein „Vakuum“; zieht sich eine Nation zurück, dringen andere Nationen in diese Lücken vor. Russland

„engagierte“ sich beispielsweise in Georgien, Syrien, Libyen und Mali. China versucht viele wirtschaftliche Projekte in Asien, Afrika und Europa zu platzieren.

/ Das Bild der russischen Führung hat sich zwischen 2000 und 2022 deutlich geändert. Ein Blick in die Geschichte hätte aber genügt, um das russische Selbstverständnis zu kennen: Russland sieht sich in den letzten Jahrhunderten immer als Teil der europäischen Mächte. Die „Absplitterung“ der ehemaligen Ostblockländer und Sowjetrepubliken durch die Demokratiebewegungen verhindern ein geeintes größeres Russland und damit dessen angestrebten Platz. Die Zuwendung der Ukraine zum Westen (damit weg von Russland und seinen Ambitionen) war der letzte Auslöser für die Kriege ab 2014.

/ Als Zwischenbilanz ist zu ziehen, dass Macht- und Einflussinteressen großer Staaten bestehen. Kleine Staaten sind nicht von Relevanz; daher ist auch der Glaube, Österreich sei ein „Brückenbauer“ inhaltlich unzutreffend. Der Kleinstaat kann nützliche Dienste anbieten, aber auf die Verhandlungsinhalte hat er (alleine) keinen Einfluss. Daher garantiert ein schöner Konferenzort auch keine Sicherheit für den Staat; genauso wenig können persönliche Kontakte durch Politiker aus Kleinstaaten (alleine) die Entwicklungen und Interessen von großen Mächten entscheidend beeinflussen.

Staatsinteressen

Staaten verfolgen ihre Interessen und versuchen diese durchzusetzen oder auch anderen aufzuzwingen. Je weniger ein Staat die Rechte und Freiheiten seiner Bürger in seiner Rechtsordnung festgeschrieben hat und umsetzt, desto eher ist er auch bereit, internationales Recht zu verletzen und sich nicht an die Regeln des „rule of law“ zu halten. Krieg ist dabei das letzte Mittel in einer Auseinandersetzung zwischen Staaten. Propaganda, politische Drohungen und wirtschaftlicher Zwang werden zur Erreichung des politischen Ziels eingesetzt. Die Herbeiführung und danach Ausnutzung einer wirtschaftlichen Zwangslage ist eine beliebte Methode. Oft reicht allein die Androhung einer Maßnahme, z. B. eines Lieferstopps für Energie, um „Wohlfühlen“ zu erzielen. Jeder Konflikt beginnt also schon lange vor der „finalen Drohung“ oder einer „Schussabgabe“. Ein „perfektes“ Beispiel

dafür stellt die Besetzung Österreichs durch Hitler-Deutschland 1938 dar. Schritt für Schritt wurde der Staat untergraben, wurden Abhängigkeiten ausgenutzt und neue Forderungen erhoben. Jedes Zugeständnis führte zu einer nächsten Forderung. Damals wie heute spielt die Propaganda einschließlich der Verwendung des Wortes „Frieden“ eine große Rolle.

/ Europa wurde vom Ukraine-Krieg im Gegensatz zu den USA völlig unvorbereitet getroffen. Wie in vielen derartigen Katastrophen erfolgt die europäische Beurteilung nicht aus der Sicht Russlands, sondern aus dem eigenen Wunschenken. Die schwache europäische Reaktion nach 2014 befeuerte vermutlich die russische Entschlussfassung. Die russische Führung konnte nach den Reaktionen der Besetzung der Krim davon ausgehen, dass die „europäischen Demokratien“ jeden Konflikt scheuen und die Konsequenzen für Russland „minimal“ sein würden.

/ Der vermutliche völkerrechtswidrige Angriff und der Verdacht des Bruchs von Normen des Kriegsvölkerrechts lösten in Europa einen Schock aus. Als sich abzeichnete, dass der Ukraine-Krieg keine Sache von Tagen sein würde, erhielt die Ukraine (zuerst zögernd) die Unterstützung, die ihre Selbstverteidigung gemäß UN-Charta ermöglichte.

/ Die Beurteilung der Absichten eines Staats ist aus dessen Sicht (und Interessen) vorzunehmen. Neben aller Propaganda neigen autokratische Staaten dazu, ihre Ziele offenzulegen. Verbunden mit der geschichtlichen Entwicklung eines Landes lassen sich zumeist klare Voraussetzungen treffen. Diese sind zuzulassen, auch wenn diese aus Sicht eines demokratischen Staates „undenkbar“ sind.

Die österreichische Situation

Österreich war geschockt, aber innerhalb seiner rechtlichen Position solidarisch in der EU und damit mit der Ukraine. Die erste russische Invasion 2014 wurde formal auch von Österreich verurteilt, dann aber mehr oder weniger mit Achselzucken zur Kenntnis genommen. Die folgende Invasion 2022 machte für die Mehrheit der Politiker und Bürger das Unrecht nunmehr klar ersichtlich². Die österreichische Bundesregierung reagierte auch intern schnell und entschlossen. Wurde bisher von Experten ein Wehrbudget von maximal 1 % gefordert, hat sich die ▶

¹ Vgl. Hadley, Stephen J. (2023): Hand-off; The Foreign Policy George W. Bush Passed to Barack Obama, Washington, DC, Brookings Institution Press.

² Vgl. Grafik Seite 12 in Frank, Johann (Hrsg.) (2021): Risk Assessment Austria (Five Challenges to Watch in 2021); Wien, BMLV: Eskalationsrisiko Ukraine Konflikt – „möglich“.

Verteidigungsministerin mit einer richtigen und mutigen Forderung von 1,5 % durchgesetzt. Die Kernkompetenzen des Bundesheers wurden von einem „Rekonstruktionskern“ wieder in den richtigen Fokus gerückt.

/ Streitkräfte können nur erfolgreich eingesetzt werden, wenn geeignete (moderne) militärische Mittel verfügbar sowie diese Streitkräfte auch bereit (trainiert) sind. Entscheidend ist aber letztlich der politische Wille, die Streitkräfte für den Erhalt der Souveränität auch tatsächlich einzusetzen.

/ In Österreich werden viele Mittel zur Abwehr eines Angriffs erst durch Umsetzung des Investitionsprogramms vorhanden sein. Erst mit moderner Ausrüstung können entscheidende Maßnahmen zum Herstellen der Bereitschaft der Streitkräfte, z. B. durch vermehrte Übungen der Kernkompetenz, erfolgen.

/ Ist auch der Wille, sich zu verteidigen, in allen Teilen der Bevölkerung, unbestritten? Die Frage lautet nicht „wogegen soll sich Österreich verteidigen“, sondern „wollen wir unsere Werte, unsere Demokratie und unsere Souveränität mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie unsere Schweizer Nachbarn während des Zweiten Weltkriegs verteidigen?“

/ Österreich ist keine Insel der Seligen, sondern Teil seines kulturellen und geografischen Umfelds. Mit den Ergebnissen der Nationalratswahlen nach 1945 und dem erfolglosen kommunistischen Oktoberstreik 1950 war auch das demokratische Wertesystem Österreichs festgelegt

/ Im Bereich der Sicherheit muss der neutrale Kleinstaat in besonderer Weise die Einhaltung der UN-Charta und anderer internationaler Normen einfordern. Wer Teil eines Bündnisses ist, hat die Rückversicherung durch seine Partner. Der neutrale Staat ist alleine und auf sich gestellt. Der russische Angriffskrieg betrifft daher in diesem Sinn auch die Neutralen. Wenn schon die UN-Charta nicht eingehalten wird, wieso sollten die Erklärungen/Rechtsakte eines Kleinstaates ernst genommen werden?

/ Diese Wehrbereitschaft erfordert gerade von einem neutralen Staat besondere personelle und finanzielle Anstrengungen und zwar auch dann, wenn ein Krieg nicht unmittelbar droht. Gleichzeitig hat der Kleinstaat auch dafür Sorge zu tragen, mehrfach „verankert“ zu sein. Der Ständestaat war 1938 dem Untergang geweiht,

weil seine Absicherung nur auf der Unterstützung Italiens beruhte. Österreich sollte sich daher nicht nur auf einen Partner oder ein (politisches) System (z. B. „wir werden durch unsere NATO-Nachbarn geschützt“) verlassen, sondern innerhalb vieler demokratischer Staaten breit verankert sein. Kooperationen, Austausch und das Verbindenhalten mit mehr Nationen als nur unseren traditionellen Partnern ist das Gebot der Stunde. Die weltweiten Verflechtungen unserer Wirtschaft und unsere Abhängigkeiten von Akteuren außerhalb Europas erfordern, unseren Blickwinkel in einzelnen Fällen über Europa hinaus zu entwickeln.

/ Verteidigungsfragen erfordern daher einen ehrlichen Grundkonsens zur Sicherheitspolitik des Landes, die damit auch außerhalb der tagespolitischen Auseinandersetzung stehen sollte. Die Frage der Ernsthaftigkeit des Willens zur Verteidigung dient auch als Gradmesser, ob die Verteidigungsanstrengungen ernst genommen werden. Die österreichischen geschichtlichen Beispiele der Vergangenheit (von der Selbstaufgabe 1938, der Dotierung der Landesverteidigung bis 2020 bis zum raschen Abzug aus der UN-Mission am Golan) erfordern einen neuen, gemeinsamen Ansatz der Parteien.

/ Dieser neue Ansatz wird erleichtert, wenn es eine geschichtliche Aufarbeitung der Ereignisse von 1938 und nach 1955 gibt. Sicherheitspolitik kann nicht „vom kleinsten gemeinsamen Nenner“ getragen werden. Ein gemeinsames sicherheitspolitisches Verständnis muss auch mit der Bevölkerung kommuniziert werden. Das Bundesheer bezieht seine Daseinsberechtigung vor allem als Garant der Souveränität. Diese Botschaft müssen Politiker aller Parteien auch allen Bürgern vermitteln. Der 26. Oktober sollte ein Feiertag der erlangten Souveränität und ein Tag des Bundesheers werden. Souveränität und Bundesheer berechtigen uns zu Stolz; die Neutralität mag ein Weg sein, aber das Ziel ist der Erhalt der demokratischen Republik Österreich mit den Rechten der Bürger.

Die Herausforderungen der Zukunft

Unser Wohlstand und unsere Sicherheit hängen von einer Vielzahl an Faktoren außerhalb Österreichs ab. Technologieentwicklungen und Austausch mit dem Ausland schaffen die Grund-

lage für unsere Wirtschaftsleistung. Österreich als Teil einer europäischen Wirtschaft bedarf des Imports von Gütern genauso wie unserer Exportmöglichkeiten. Sichere Verkehrs-/Schiffahrtswege erlauben den Austausch von Gütern; Unterseekabel und Satelliten ermöglichen unsere Verbindungen und unsere Kommunikation, um einige wenige Beispiele aufzuführen.

/ Die globale Auseinandersetzung findet nicht nur militärisch statt, sondern vielfach auch politisch und wirtschaftlich. Wirtschaftsbeziehungen werden bereits im Frieden genutzt, um politischen und wirtschaftlichen Druck zu erzeugen. Die Globalisierung und die „just in time“-Lieferketten haben neue Verwundbarkeiten erzeugt. Handelsbeziehungen, die nicht auf einem weitgehend fairen Austausch beruhen, schaffen die Möglichkeit zur Einflussnahme durch andere Staaten. Die Störung von Verkehrswegen fernab des österreichischen Staatsgebiets hat Einfluss auf unsere Wirtschaftsleistung.

/ Österreich ist ein untrennbarer Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Als solche werden wir auch von globalen und regionalen Akteuren wahrgenommen. Ein Agieren innerhalb der Grenzen dieser Wertegemeinschaft bietet auch Schutz, der durch Österreich geografisch nicht geleistet werden kann. Daher ist auch ein Weg außerhalb dieser Grenzen sorgfältig zu evaluieren. Folgt man der Studie „An der Gasleine“³, dann darf bezweifelt werden, ob es langfristig günstige und „sichere“ Deals mit autokratischen Staaten außerhalb dieser Wertegemeinschaft geben kann.

Lösungsansätze

Die Erkenntnis, dass Kriege den ganzen Staat betreffen, führt zur Wiederbelebung der „Umfassenden Landesverteidigung“. In dieser – besonders in der geistigen Landesverteidigung – scheint mir auch der wichtigste Schlüssel in der laufenden Diskussion zu liegen.

/ Der politischen Bereitschaft, die Souveränität Österreichs zu verteidigen, kommt die höchste Bedeutung zu. Die Streitkräfte müssen relevant und (militärisch) bereit sein. Der Staat als Ganzes muss resilient gestaltet werden. Die Wirtschaftsbeziehungen sind divers auszurichten und mit jenen Staaten einzugehen, die dem „rule of law“ folgen.

/ Der Kleinstaat kann nur eingeschränkt für seine Sicherheit sorgen. Er ist dabei gut beraten, Partner zu haben, um von militärischen und

technologischen Entwicklungen nicht „abgekoppelt“ zu werden. Dabei ist es unerheblich, ob diese Partnerschaften als neutraler Staat oder in einem Bündnis erfolgen. Ein neutraler Staat wird mehr staatliche Anstrengungen unternehmen müssen als ein Bündnisstaat, der viele Leistungen mit seinen Partnern teilen kann.

/ Die Zeitenwende hat uns (erneut) vor Augen geführt, dass Kriege als Mittel der Auseinandersetzung nicht ausgestorben sind. Der Völkerbund und der Briand-Kellogg-Pakt konnten Kriege nicht verhindern und sind gescheitert. Der UN-Sicherheitsrat leidet in der Realität an einer Selbstblockade. In vielen (auch jüngsten) Konflikten kommt es zu multiplen Rechtsverletzungen der Haager Landkriegsordnung sowie der folgenden Abkommen. Als Konsequenz ist der (neutrale) Kleinstaat verpflichtet, eine besondere Wehrbereitschaft an den Tag zu legen. Militärische Wehrlosigkeit bedeutet den Untergang des Staates, wie ihn Österreich 1938 bereits einmal mit furchtbaren Folgen für die ganze Bevölkerung erleben musste. „Nie mehr wieder“ bedeutet daher besonders auch: „Nie mehr wieder wehrlos!“ ❌



ZUM AUTOR

Generalmajor MMag. Norbert Huber,

Jahrgang 1961

- verschiedene Stabs- und Führungspositionen im Bundesheer/BMLV(S), darunter: Kompaniekommandant im Panzergrenadierbataillon 9
- Truppenverwendung als Bataillonskommandant Jägerbataillon 17
- Chef des Stabes der 9. Jägerbrigade (MOB – Vorarlberg)
- Stellvertretender Stabschef für Unterstützung im Hauptquartier KFOR 2009
- Leiter des Amtes für Rüstung und Beschaffung bis 2021

³ Vgl. Lechner, Herbert (2023): An der Gasleine, Wien, österreichische Energieagentur.

Manipulation durch Propaganda im Krieg zwischen Russland und der Ukraine

von Mag. Katharina Reich

Propaganda und Manipulation gehören zu modernen Kriegen wie Soldaten und Waffensysteme. Propaganda ist nichts anderes als Manipulation. Der Frage, warum das so ist, geht der nachfolgende Aufsatz auf den Grund.

/ Ursprünglich entspringt das Wort „Propaganda“ dem Lateinischen *propagare*, was „weiter ausbreiten“, „ausbreiten“ und „verbreiten“ bedeutet. Heute wird unter dem Begriff Propaganda mehreres verstanden, nämlich: ein zielgerichtetes Experiment, die politische oder öffentliche Meinung zu beeinflussen, die Erkenntnisse zu manipulieren sowie das Verhalten in eine Richtung zu verändern. Dazu gehört auch, bestimmte Facetten eines Themas bewusst wegzulassen und die Vermischung von Meinung und Information. Um klarzumachen, was Propaganda bedeutet, ziehen wir in diesem Artikel ein Fallbeispiel heran: den Ukrainekrieg, denn er wird vor einer weltweiten Öffentlichkeit ausgetragen. Es ist ein Kampf um Worte, Bilder, um moralische Integrität und nicht zuletzt auch um die Deutungshoheit: Wer arbeitet wie?

/ Der Begriff „Manipulation“ unterliefe einen ähnlichen Bedeutungswandel wie die Propaganda. Unter Manipulation einer Sache verstehen wir ursprünglich die wertneutrale Handhabung oder auch Bearbeitung, wie beispielsweise eines Materials. 1985 besagt Knauer's Wörterbuch, Manipulation ist entweder „ein Gerät etc. geschickt handhaben“ oder „etwas oder jemanden in die gewünschte Richtung

lenken; beeinflussen; steuern“. Kurz: Manipulation bedeutet, den eigentlichen Sinn in etwas anderes umdeuten, oftmals basierend auf Meinungen, nicht auf Fakten. Manipulation kennen wir auch aus der Werbung mit dem Ziel, uns eine Ware oder eine Dienstleistung zu verkaufen. Dabei wird die Macht der Emotion genutzt. Vor allem wer ein geringeres Selbstvertrauen hat oder unter Angst steht, lässt sich leicht beeinflussen und ist damit manipulierbar. Dieser Kontext zeigt die negative Belegung des Begriffs, denn wer manipuliert ist, handelt fremdbestimmt. Über die Werbemanipulation hinausgehend, gibt es die Sprachmanipulation, die beispielsweise mit Fragetechnik arbeitet. Zu guter Letzt betrachten wir die Informationssicherheit: Sie meint die Manipulation von Menschen durch gewonnene Daten mit dem Zweck der Beeinflussung, das sogenannte Social Engineering. Es erlaubt die auf die Interessensgebiete zugeschnittenen Werbungen für Waren, die uns im Netz mit Hilfe von Daten, die im Hintergrund gesammelt werden, angeboten werden. Hier sprechen wir von einer Konditionierung.

/ Unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs schrieb der englische Diplomat Baron Arthur Ponsonby 1928 das Buch „Lüge in Kriegszeiten“. Dort untersuchte und beschrieb er die Mechanismen der Kriegspropaganda und analysierte die zehn „Prinzipien der Kriegspropaganda“. Sie haben bis in die Gegenwart ihre Gültigkeit nicht verloren.

Ponsonby wird auch der Spruch „Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit“ zugeschrieben. Er formulierte zehn Punkte, die einfach angewendet werden können, um bezogen auf einen Krieg eine Form der Manipulation in einem Gespräch oder bei der Nutzung verschiedener Medien wie TV, Online-Zeitungen, Radio etc. zu identifizieren:

1. Wir wollen den Krieg nicht.
2. Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung.
3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache.
5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen.
6. Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm.
8. Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Propaganda spricht alle Sinne an, vor allem aber die Emotionen. Der Mensch möchte klare und logische Aussagen haben. Deshalb werden klare Informationen, die vereinfachen, bevorzugt. Emotion und Klarheit in einer Informationsflut funktionieren jedoch nicht zusammen. Der Leser ist daher meist überfordert. Das Problem dabei ist, dass Zahlen, Daten und Fakten fehlen. Diese sind sachlich. Propaganda kann einzig durch sachliche, „alte“, journa-

listische Arbeit begegnet werden. Wie viele Tote gab es an der Front? Wer hat welche Waffensysteme in welcher Zahl? Wo sind wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine? Etc. Das sind sachliche und faktenbasierte Daten, die Klarheit beim Leser schaffen. Sie überlassen die Meinungsbildung demjenigen, der die Daten liest, und übernehmen nicht die Meinungsbildung im Text selbst. Das bedeutet eine Absage an Storytelling und Meinungsjournalismus und eine klare Zusage an Faktenjournalismus. Die Frage ist daher vielmehr, wie können aus Bildern und Worten Fakten und Daten generiert werden, die den Lesern zur Haltungsentwicklung zur Verfügung gestellt werden können? Dazu kann der Staat mit einer Informativen und Statistik beitragen und der Journalismus mit Qualität.

/ Die Sinne werden über emotionalen Journalismus angesprochen. Am einfachsten ist eine Identifikation von Propaganda, indem man die Faktoren der Kriegspropaganda von Baron Arthur Ponsonby ansieht. Heute relevant für die Arbeit mit Propaganda ist das Wissen, welche Sinne in Medien vorrangig sind. Es ist das Sehen und das Hören. Beim Menschen sind 83 % der Eindrücke visuell, nur 11 % sind auditiv. Das zeigt, dass Bilder mehr Macht haben als Worte. Daher arbeitet das Fernsehen mit weniger Grafiken und hauptsächlich Bildern, was zwar zum Infotainment beiträgt und den Zuseher bannt, jedoch wenig zur Information beiträgt. Daher gilt es vor allem Menschen im Lesen von Bildern und Entschlüsseln von visuellen Botschaften zu schulen, wie in diesem Artikel gezeigt.

/ Sowohl auf Selenskyj als auch auf Putin treffen diese Werte zu, dass heißt beide arbeiten mit Propaganda. Innerhalb weniger Stunden, ja Minuten, dominierten nach dem Angriff russischer Truppen ukrainische Aufnahmen die internationale Berichterstattung in den (sozialen) Medien und jeder noch so

kleine Erfolg wurde umgehend zu Propagandazwecken eingesetzt. Die Ereignisse auf der „Schlangensinsel“ und vom „Geist von Kyiv“ sind mittlerweile im Internet durch Memes, Sticker und Hoodys zur Legende geworden. Die digitale Übermacht war so gravierend geworden, dass sich Russland gezwungen sah, sich vom internationalen Internet zu entkoppeln und die Nutzung westlicher sozialer Medien gänzlich zu verbieten. Der Direktor des NATO Strategic Communications Center for Excellence, Jānis Sārts, stellte fest: „Russland hat den Informationskrieg im Westen klar und deutlich verloren.“

/ Da der ukrainische Präsident das Spiel mit den Medien und den Rollenwechsel als Schauspieler und Moderator beherrscht, war er geübt darin, die Kommunikation in ihren Darstellungen der Ukraine nach außen hin auf seine Seite hin zu lenken. Gleich zu Beginn des Ukrainekrieges fand die Vereinigung der größten TV-Kanäle in einem Programm statt, dem sogenannten „Telemarathon“. Kritik an Selenskyj gibt es dort kaum und kleine Sender werden seit der Umstrukturierung nicht mehr ausgestrahlt. So entsteht seit Mitte des Jahres eine regierungstreue Berichterstattung, die kaum Kritik zulässt. Die Bevölkerung ist daher dazu übergegangen, sich aus anderen Quellen eine neutralere Sicht zu verschaffen, indem sie ein Netz aus Messenger-Diensten nutzt wie Twitter oder Telegram. Die Appelle der kleineren Sender wie jener des betroffenen Kanals Espresso TV an die EU wurde von Kommissionspräsidentin Von der Leyen bei ihrem Besuch zwar wahrgenommen, denn ohne Pressefreiheit bleibe die Ukraine an der Schwelle zur EU und es werde keine Beitrittsverhandlungen geben, so der Stand Mitte 2022. Der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union ließ allerdings verlautbaren: „[D]ie Ukraine hat im Februar 2022 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft ge-

stellt, und im Juni 2022 wurde ihr der Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt. Sobald die Ukraine, die in der Stellungnahme der Europäischen Kommission zum EU-Beitrittsgesuch des Landes genannten Bedingungen erfüllt, wird der Rat über weitere Schritte entscheiden.“

/ Obwohl in der europäischen Berichterstattung keine Zensur besteht, zeigt ein klarer Mainstream tendenziell in Richtung einer antirussischen Berichterstattung. Eine neutrale Berichterstattung muss daher wieder zu Zahlen, Daten, Fakten auf der einen Seite zurückfinden und braucht auf der anderen Seite dringend eine Gesprächs- bzw. Disputkultur, die die Menschen wieder weg von Meinungen, hin zu Haltungen bringen. Eine Haltung entwickelt man in einem Diskurs, bei dem man Wissen sammelt, Fragen stellt und vor allem, bei dem alle aufeinander zugehen wollen. An den Stammtischen in den Wirtshäusern gab es eine solche Kultur vor Corona, diese Stammtische sollten wir wieder aktivieren und die abendliche Kindersperre um 22 Uhr aufheben. Den realen Dialog und seine Räume gilt es wieder zu aktivieren.

/ Militärische Aufklärung und vor allem der Kampf und die Deutungshoheit sind momentan klar relevant. Militärische und ideologische Auseinandersetzungen wurden seit Jahren schon über die sozialen Medien geführt. Russland hat sich damit besonders hervorgetan: Die Desinformations- und Propagandakampagnen sind ungezählt, Stichwort: Trollfabriken. In der Ukraine beobachten wir nun ein neues Phänomen der Kriegsführung. Privatpersonen und ukrainische Soldaten zeichnen mit Handys Truppenbewegungen, zerstörtes Militärgerät, Bombenangriffe auf und verbreiten das gesammelte Material in den sozialen Medien. Videos von Kampfhandlungen und Drohnenaufnahmen stehen an der Tagesordnung. Das Muster ist immer das gleiche: ▶

Die eigene Seite soll gut dastehen und gerne werden. Falschinformationen über die Gegenseite verbreitet. Social Media spielt eine Doppelrolle: Als Informationslieferant zur Analyse und als Ausspielungsplattform zur Verbreitung von aufbereiteten Informationen. Aus der schnellen und der weiten Verbreitung der Social-Media-Inhalte zogen Russland und die Ukraine sehr unterschiedliche Schlüsse im Bereich Operations Security (OPSEC). In der Datengewinnung der Ukraine kommen den Social-Media-Plattformen TikTok und Telegram eine besondere Rolle zu. So unterschiedlich die Funktion beider Plattformen ist – TikTok mit Kurzvideos- und Telegram als Messenger-Dienst –, mutierten beide zu Hauptquellen für OSINT (Open Source Intelligence)-Analysten. Dabei ist besonders TikTok unter russischen und ukrainischen Jugendlichen sehr beliebt. TikTok verzeichnete in der Ukraine ein rasantes Wachstum und wies zuletzt stolze 10,55 Millionen Nutzerinnen und Nutzer auf, in Russland gar 36 Millionen (Stand 30.3.2022). Doch die Puzzleteile können weit mehr als ein öffentliches Lagebild des Kriegsverlaufes zeichnen, sie können zu Propagandazwecken eingesetzt werden.

/ Hier ist eine grundlegende Unterscheidung zu treffen, denn die Russen verboten ihren Soldaten ausdrücklich die Nutzung von privaten Handys und die Ukraine tat dies nicht. Der Informationskrieg ging demzufolge für die Russen schlecht aus und für die Ukrainer gut. Europa schlug sich mehrheitlich auf die Seite der Ukraine. Bekannt ist, dass Europa Waffen verschenkt sowie die zugehörigen Nutzungskurse im Militär finanziert etc. Die Frage ist, wie kam es so weit? Warum ließ sich Europa in den Krieg mit hineinziehen?

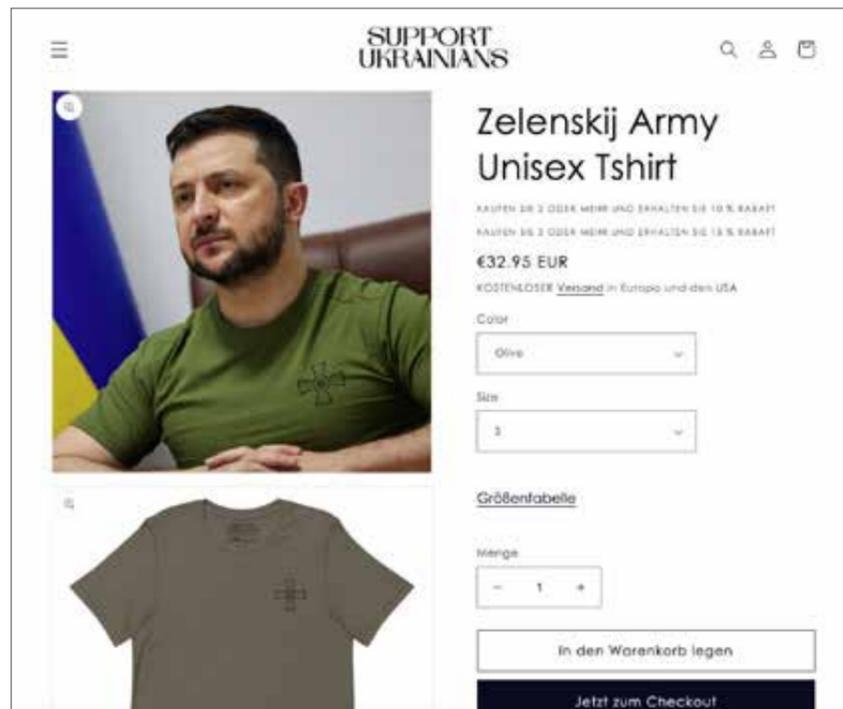
/ Russland sperrte TikTok und verabschiedete am 20. Februar 2022 ein Gesetz, das den russischen Soldaten die Nutzung ihrer Smartphones im

Dienst verbat. Berichten zufolge wurden in den Streitkräften Handys konfisziert. So gab es von den einsetzenden Kampfhandlungen und den ersten russischen Truppen in der Ukraine lange keine bzw. sehr wenige Aufnahmen, die von russischer Seite kamen. Während sich Russland dadurch offensichtlich taktische Vorteile im Bereich OPSEC erhoffte, stellte sich das kollektive Going Dark der russischen Streitkräfte auf strategischer Ebene jedoch als ein gravierender Fehler heraus. Bereits in den ersten Tagen dominierte die Ukraine den internationalen Informationskrieg und gewann die Deutungshoheit über den Konflikt.

/ Die ukrainische Seite wiederum beließ die Mobiltelefone offensichtlich bei ihren Soldaten. Hunderte Videos zeigen mit Smartphones, Videokameras und GoPros ausgestattete Soldatinnen und Soldaten, wenn man die ukrainische Kriegsberichterstattung googelt. Sie filmen Hinterhalte, Ge-

fechtsfelder und erbeutete Fahrzeuge, aber auch die Nachwirkungen von Kampfhandlungen, Tote und verwundete russische Soldaten, aber auch ukrainische Zivilisten. In einem Land wie der Ukraine mit 99,9 % Internetabdeckung – eine Versorgung, die die Russen auch knapp zwei Wochen nach Invasionsbeginn kaum einschränken konnten – und in dem 64,6 % der Bevölkerung Social-Media-Nutzerinnen und -Nutzer sind, entstehen hunderte und tausende Puzzlestücke in Form von Videos und Fotos, die zu einem großen Lagebild zusammengetragen werden können.

/ Diffamieren, diskreditieren und desavouieren werden als Methoden eingesetzt, wenn sich Menschen hilflos fühlen und sachliche Argumente fehlen. Ein großes Problem ist hier die WokeCultur. Sie bringt junge Menschen dazu, das Sammeln von Erfahrung zu blockieren. Stattdessen wird protestiert, im Internet ohne Hin-



© AUTOR



© EXPRESS

tergrundwissen gepostet, es werden T-Shirts gekauft. Die jungen Menschen werden somit zum Werkzeug des Blockierens. Themen wie Klima und Energie werden dafür geschickt genutzt, auch im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg.

/ Selenskyj hat sich zur Vermehrung der Spendengelder mit dem Krypto-Pleitier Bankman-Fried zusammengesetzt. Bankman-Frieds Börse half dabei mit, gewaltige Summen von Privatpersonen oder auch Regierungsstellen, die nicht offiziell als Unterstützer der Ukraine auftreten wollen, nach Kiew zu bringen. In US-Finanzkreisen kursiert auch das Gerücht, dass über FTX gewaltige Summen zusätzlicher inoffizieller US-Militärhilfe für die ukrainische Regierung gelaufen sein könnten – und somit absolut gefahrlos, dabei aufzufliegen.

/ Die mediale Berichterstattung zum Ukrainekrieg hat derzeit einen Überhang an Parteilichkeit hin zur Ukraine. Die Berichterstattung in eine neutralere Richtung mit Daten, Zahlen und Fakten zu beiden Seiten ist erstrebenswert. Eine Hinwendung zur

Sachlichkeit ist erforderlich, die beispielsweise folgende Fragen in Europa klar und regelmäßig zu beiden Seiten offenlegt: Wie viele Gefallene gibt es bisher, wer ist in welchem Bereich des Heeres überlegen bzw. unterlegen in grafischen Gegenüberstellungen? Die emotionalisierte Berichterstattung ist für alle Seiten anstrengend und trägt wenig zur Entwicklung einer Lösung bei. Im Gegenteil strengt sie alle an und lässt aus emotionaler Ermüdung heraus das Interesse der Europäer in Richtung von Gleichgültigkeit gehen, was ein Fehler wäre.

/ Der klare Blick auf die Situation ist hilfreich, denn schlussendlich stehen sich zwei Oligarchensysteme gegenüber, das der Russen und das der Ukrainer. Moralische Wertungen sind hier keine Unterstützung.

/ Auch in den Medien der Gegenwart finden wir zwei Kanäle bei Propaganda, nämlich das Aussenden und Aufnehmen von Informationen. Die dazu erforderliche Frage ist daher: Wie tragen westliche Medien zu einer möglicherweise einseitigen Darstellung der Rollen von Russland und der Ukraine bei? ✗



ZUR AUTORIN

Mag. Katharina Reich, geboren und aufgewachsen in Wien, arbeitet seit mehr als einem Jahrzehnt im Bereich der Projektentwicklung. Sie befasst sich mit unterschiedlichen Bereichen von Strategic Foresight. Nach dem Studium der Architektur war sie über zehn Jahre als Managerin und Projektentwicklerin in Österreich, England und Osteuropa tätig. 2021 gründete sie Interacting Lectures und entwickelt seither Szenarien und Analysen zur zukünftigen Entwicklung von urbanen Räumen, vor allem in Hinblick auf die menschliche Wahrnehmung sowie wirtschaftliche Innovationen, Technologie-Wandel und die fünf Sinne. Katharina hatte unter anderem Lehraufträge an der FH Kufstein, der Universität für Angewandte Kunst, der FH-Technikum und SAE. Sie schreibt für verschiedene Medienhäuser sowie für das SOLID-Industriemagazin, für Der Offizier und der Truppendienst.

„Der kostbarste Rohstoff im 21. Jahrhundert ist nicht mehr Öl oder zuvor Gold. Es sind unsere Blicke. Ganze Industrien leben davon, dass wir Ihnen das wertvollste geben: unsere Aufmerksamkeit!“

KATHARINA REICH

Kurzmeldungen

Bundesheer bei weltweiter Cyberübung „Locked Shields 23“

Auch heuer nahm wieder ein österreichisches Team an der größten militärischen Cyberverteidigungsübung weltweit teil. Erstmals erfolgte diese Teilnahme mit einem gemischten militärischen und zivilen Team. Österreich stärkt damit seine Fähigkeiten im Bereich der Cyberverteidigung enorm. Die Spezialistinnen und Spezialisten üben dabei den Schutz von Systemen der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie von kritischen Infrastrukturen gegen Cyberangriffe. Die Cyberübung „Locked Shields 23“ ist

Teil einer Übungsserie, die seit 2010 jährlich stattfindet. Sie ist die größte und komplexeste Cyberverteidigungsübung der Welt, bei welcher insgesamt 2800 Cyberexperten aus 38 Nationen teilnehmen. Nach einer Woche des Teambuildings und der Verteidigungsvorbereitung folgt die Übungsphase, in der die Teams unter zeitlichem Druck einer ausgeklügelten und intensiven Serie von Cyberangriffen entgegenwirken. Die Verteidiger müssen in Echtzeit Cyberangriffe erkennen, abwehren und eroberte IT-Systeme wieder zurückgewinnen.

Die Organisation der Übung wird vom Cooperative Cyber Defense Center of Excellence (CCDCOE) der NATO in Tallinn, Estland, durchgeführt. Das Training ist eine einzigartige Gelegenheit für militärische und auch für zivile Cyberexperten, um die Verteidigung und den Schutz von Systemen der Informations- und Kommunikationstechnologie und kritischen Infrastrukturen gegen Cyberangriffe realitätsnah und gemeinsam zu üben.

Als eine der größten Cyberübungen der Welt bietet „Locked Shields“ die Möglichkeit, unsere Cyberverteidigung in realistischen Szenarien zu testen. Die Soldatinnen und Soldaten des Bundesheeres werden in der Übung durch Cyberangriffe herausgefordert, die zu schwerwiegenden Störungen des simulierten Betriebs von Regierungs- und Militärnetzen, dem Bankwesen, einem Satellitensystem sowie des Luftverteidigungssystems führen (*red_der_offizier*)



© BUNDESHEER/CARINA KAGROVITS

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner besuchte die „Locked Shields 23“

Verteidigungsministerin Tanner bestellt Beschaffungs-Prüfkommission

Am 14. April 2023 bestellte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner die Mitglieder der neuen Beschaffungs-Prüfkommission (BPK) des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Mit dem Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetz (LV-FinG), welches mit Beginn dieses Jahres in Kraft getreten ist, wurde neben dem Landesverteidigungsbericht, der jährlich durch das Bundesministerium für Landesverteidigung dem Nationalrat vorgelegt wird, zusätzlich eine Kommission beschlossen, welche die künftigen Beschaffungsvorgänge prüfen wird. Diese wird für die „Sicherstellung einer gesetzmäßigen Vollziehung sowie einer sparsamen und zweckmäßigen Gebarung von Beschaffungsvorhaben“ zuständig sein. Insgesamt wurden sechs Mitglieder für die Prüfkommission bestellt. Die Beschaffungs-Prüfkommission



© BUNDESHEER/PUSCH

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner mit Mitgliedern der Beschaffungs-Prüfkommission

sion besteht aus sechs Mitgliedern: Neben dem Rechtsanwalt Priv. Doz. Dr. Bernhard Müller (DORDA Rechtsanwälte GmbH), der die Kommission leiten wird, vervollständigen Dr. Gerhard Saria (Universität Wien) als Stellvertreter, Mag. Ulf Seifert (Seifert & Partner GmbH & CoKG), Dr. Remy Horcicka (H/H/R Rechtsanwälte), Mag. Harald Perl (ehem. Präsident BVwG) und MPA Bernhard Müller (Urban Forum) die Prüfkommission.

Die Mitglieder der Kommission können im Rahmen ihres Amtes selbstständig und unabhängig handeln. Das Ziel der Kommission ist es unter anderem, einen Kriterienkatalog zu erstellen, der die internationalen Standards zur Korruptionsbekämpfung für die Bundesregierung beinhaltet, um korrupte Rüstungsgeschäfte zu verhindern. Damit soll ein nachvollziehbarer und transparenter Beschaffungsprozess ermöglicht werden (*red_der_offizier*)



MISSION VORWÄRTS:
**JOBS MIT
AUFWIND.**



JETZT INFORMIEREN!
EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
[KARRIERE.BUNDESHEER.AT](https://www.karriere.bundesheer.at)



UNSER HEER



**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**